

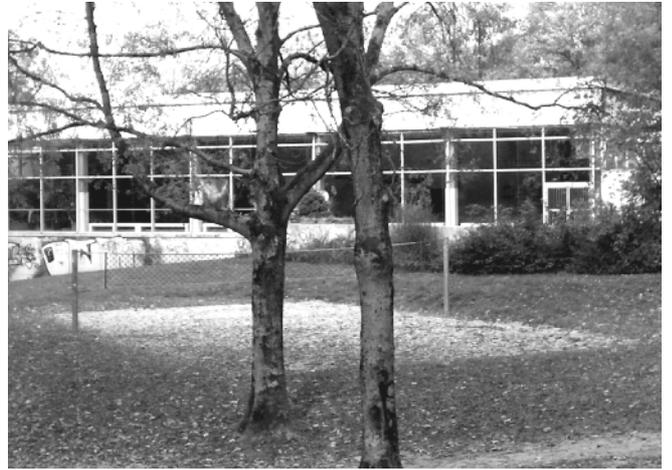


GRATIS

# tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 60 · Winter 2014 · Kostenlos



Kürzungspläne bedrohen Solinger Lebensqualität

## INHALT

Gedanken zum Haushaltsloch	2
Same procedure ...?	3
Solingen 2100 – nach dem großen Kahlschlag	4
Mitglieder des Fahrgastbeirates protestieren gegen Kürzungen im Busverkehr	5
Bündnis für Familie in dringender Sorge um die Familienfreundlichkeit der Stadt	6
Naturschutzverbände kämpfen für die Baumschutzsatzung	7
Stadtsportbund: Dem Ehrenamt wird der Boden unter den Füßen weggezogen	8
Stadtjugendring: Sparhaushalt trifft besonders die jungen Menschen	9
Bedroht: Waldschule	10
Genug gekürzt Solingen	10
Bedroht: Tierpark Fauna	11
Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“: Solingen: Stadt ohne Zukunft?	12
Jürgen Hardt (MdB) braucht Nebenverdienst	13
Ratsresolution zum Anschlag auf die Synagoge	13
Ittertal: Statt das Gutachten zu liefern will die Verwaltung Sachzwänge schaffen	14
Rat wehrt sich gegen TTIP-Abkommen	15
Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP	16
Rede zur Demo „Stoppt die IS-Mörder“	16
Leserbrief zu Gaucks „aktiverer Außenpolitik“	18
Leserbrief zum Notstand der Hebammenkultur	19
gruppeninfos	20

**MitgärtnerIn**  
für ökologisch bewirtschafteten  
Kleingarten in Untengönrath gesucht  
Kontakt unter [mowhak@gmail.com](mailto:mowhak@gmail.com)

## IMPRESSUM

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität  
Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt.  
Auflage 3000  
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3,  
42655 Solingen  
E-Mail: [tacheles-solingen@gmx.de](mailto:tacheles-solingen@gmx.de)  
[www.tacheles-solingen.de](http://www.tacheles-solingen.de)  
Druck: Ordensgemeinschaft–Beschäftigungshilfe Düsseldorf,  
Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70  
Ausgabe 60 - 1. November 2014  
ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche  
c/o Café Courage  
Klemens-Horn-Str. 3 42655 Solingen  
Bankverbindung:  
Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.  
BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)  
Konto-Nr. 546 4641  
Layout: Heinz Mähner  
Titelbild: tacheles

## GEDANKEN ZUM HAUSHALTSLOCH

### Stadt verliert sieben Millionen bei RWE-Aktien.

Obwohl vor allem die Grünen auch den restlichen RWE-Aktienbesitz der Stadt längst verkaufen wollten, klammert sich der Ex-Kämmerer und jetzige Geschäftsführer der Städtischen Betriebsgesellschaft, Ernst Schneider (CDU), an diese Aktien. Er hat sie vor dem Zugriff der Politik in zweifelhafte Finanzanlagen „verbuddelt“ und hofft auf steigende Kurse. Der Wert der Aktien ist allerdings von zehn auf drei Millionen gefallen. Mal eben sieben Millionen, die der Haushalt gerade jetzt brauchen könnte, wurden so verspekuliert.

### Immer weniger Unternehmen zahlen Gewerbesteuern

Nur noch 20 Prozent der in Solingen ansässigen Unternehmen zahlen noch Gewerbesteuern an die Stadt. Im nächsten Jahr sollen gleich drei große Solinger Unternehmen hier keine Gewerbesteuern mehr zahlen. Das wären allein 10 Millionen Euro weniger für die Stadt, teilte Kämmerer Ralf Weeke mit, der mit insgesamt 33 Millionen weniger Gewerbesteuern in 2015 rechnet. Eines der drei Unternehmen wird die Firma Haribo sein, die ihren Firmensitz nach Rheinland-Pfalz auf die „grüne Wiese“ bei geringfügigen Steuern verlegt hat. Der Trend, wonach sich immer mehr Firmen durch Verlagerung ihrer Zentralen, oder durch Verrechnung von Gewinnen mit Verlusten der Töchter der Finanzierung des kommunalen Gemeinwesens entziehen nimmt zu. Die Kommunen übernehmen dadurch zunehmend die Finanzierung der auch für diese Firmen notwendigen Infrastruktur alleine, ohne dafür ausreichende Gegenleistungen zu erhalten.

### Für Rüstung und Kriegseinsätze ist Geld genug da, für Flüchtlinge nicht

Aufgrund steigender Flüchtlingszahlen muss Solingen in 2015 fünf Millionen Euro mehr aufbringen. Während das Land seine Hilfen für die Kommunen immerhin, allerdings unzureichend, verstärkt hat, kommt für Solingen vom Bund kein Cent. Die meisten Bundespolitiker schwafeln zwar davon, dass Deutschland wieder mehr Verantwortung in der Welt übernehmen soll, aber mit der Wahrnehmung der Verantwortung für die Unterbringung von Flüchtlingen vor Ort wollen sie nichts zu tun haben.

### 5.841 Euro Pro-Kopf-Verschuldung

Solingen ist nach Siegburg, Oberhausen, Hagen, Remscheid und Duisburg die sechst höchst verschuldete Stadt in NRW. Bei knapp einer Milliarde Euro (935.962.000 Euro) Schulden der Stadt ist damit jeder Einwohner der Klinginstadt mit 5841 Euro verschuldet.

### Haushaltsausgleich bis 2021?

469 Millionen Euro Einnahmen stehen im Jahr 2015 Ausgaben von 533 Millionen gegenüber. Das ergibt ein Defizit von 64 Millionen. Bis 2018, mit millionenschweren Hilfen durch den Stärkungspakt des Landes und bis 2021 ohne diese Hilfen, soll der Haushaltsausgleich geschafft werden. Schafft der Rat der Stadt dies nicht, wird die Landesregierung einen sogenannten Sparkommissar einsetzen, der erfahrungsgemäß die Grundsteuer B soweit erhöhen wird, bis das Ziel des Haushaltsausgleiches erfüllt wird. Ausgleich bedeutet aber nicht, dass wir keine Schulden mehr haben. Nur die jährliche Neuverschuldung wird gestoppt, um daran zu gehen die Altschulden von fast einer Milliarde zu dezimieren. Alle Fraktionen im Rat der Stadt sind sich darin einig, dass dies ohne Hilfe von Bund und Land nicht möglich sein wird. Schließlich hat gerade der Bund unter Verletzung des Konnexitätsprinzips den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen, ohne sich an deren Finanzierung angemessen zu beteiligen. Dies trifft vor allem die alten Industriestädte, welche objektive Probleme beim Strukturwandel hin zu modernen Zukunftsbranchen haben.

*Frank Knoche*



## KÜRZUNGS-HAUSHALT 2015: LASST UNS FÜR DEN ERHALT DER LEBENSQUALITÄT SOLINGENS KÄMPFEN!

Schon 2010 beschloss der Solinger Stadtrat ein Sparpaket in Höhe von 43 Mio. €/Jahr. Dennoch konnte die damalige Ratsmehrheit aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste, BfS und Die Linke vor vier Jahren die schlimmsten Sparvorschläge der Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Feith (CDU) abwenden: 2010 wurde die massive Kürzung des Busverkehrs, die Schließung der Bürgerbüros, der Notschlafstelle, der Eissporthalle und des Schwimmbads Vogelsang ebenso verhindert wie die Abschaffung der Baumschutzsatzung.

Nachdem 2014 ein starker Einbruch bei der Gewerbesteuer, die von den ertragsstarken Solinger Unternehmen bezahlt wird, eingetreten ist, legte die Verwaltung ein weiteres millionenschweres Sparpaket vor. Dieses sollen die KommunalpolitikerInnen jetzt in Rekordzeit verabschieden. Die Gesamt-Ausrichtung dieses Sparpaketes ist erneut geeignet, die Lebensqualität Solingens zu zerschlagen. Dieselben Sparvorschläge, die schon 2010 wegen starker Bürgerproteste scheiterten, wurden jetzt erneut vorgelegt:

- Einrichtungen wie das Schwimmbad Vogelsang und der Botanische Garten die besonders für Kinder und Jugendliche, aber auch für Ältere, Behinderte und finanziell Schwächere von großer Bedeutung sind, sollen geschlossen werden.
- Die Axt soll angelegt werden an die Solinger Baumschutzsatzung, die seit 1977 dafür sorgt, dass bei Baumfällungen Ersatzbäume auf dem eigenen Grundstück oder im öffentlichen Raum gepflanzt werden und die so einen wesentlichen Beitrag zu unserem grünen Solingen leistet.
- Die Bürgerbüros sollen geschlossen und damit die stadtteilnahe bürgerfreundliche Aufstellung der Stadtverwaltung beendet werden.
- Mehr als 900.000 €/Jahr sollen beim Solinger Busverkehr gekürzt werden – ca. jeder 10.

Bus! Damit würde der mit starker Bürgerbeteiligung und enormem Engagement des neu eingerichteten Fahrgastbeirates entwickelte Nahverkehrsplan nach nur einem Jahr wieder in den Mülleimer geworfen. Statt neue Fahrgäste mit einem besser auf die Nutzerbedürfnisse ausgerichteten Fahrplan zu gewinnen würde so eine Abwärtsspirale aus Kürzungen und daraus resultierenden Fahrgastabwanderungen in Gang gesetzt – für das gesellschaftliche Zusammenleben und den Klimaschutz ein verheerendes Signal.

- Die Stadtbücherei an der Mummstraße soll ausgerechnet im Erdgeschoss sehr stark ver-



kleinert werden, um Platz für die Kfz-Zulassungsstelle (!) zu schaffen. Hier hat sich in den letzten Jahren eine intensive Nutzung des Internetcafés und des Lesesaals entwickelt. Hier wird heute noch dem wohlfeilen Ruf nach mehr Bildung gerade für die finanziell Schwächeren ein gut angenommenes Angebot entgegen gesetzt.

Die Liste ließe sich weiter fortführen und in dieser Ausgabe der tacheles informieren wir über die berechtigten Proteste von Betroffenen dieser Kahlschlagpläne. Die Solinger werden durch die Sparvorschläge geschockt und von der Schnelligkeit, mit der die Kürzungen ohne jede Bürgerbeteiligung durchgesetzt werden sollen, überumpelt. Ist das Absicht oder schlechte Planung?

Eines aber fällt auf: Während die Familienfreundlichkeit, die soziale und ökologische Ausrichtung unserer Stadt und damit ihre Attraktivität im Kern bedroht wird, fehlt ein bisschen Demut derer, die oben sitzen. Gute 300.000 € Jahresverdienst des Stadtparkassen-Geschäftsführers, hohe Geschäftsführer-Gehälter bei den zahlreichen aus der Kernverwaltung ausgegliederten städtischen Gesellschaften, der umfangreiche städtische Fuhrpark, die Sonderbehandlung des einen eigenen Fahrer benötigenden Oberbürgermeisters, die ungewöhnlich schnellen Beförderungen einzelner, parteipolitisch gut abgesicherter Verwaltungsmitarbeiter oder die enormen Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung sind kein Anlass für Kürzungsvorschläge seitens des OBs. Leider möglicherweise unwiederbringlich in den Sand gefahren sind die enormen und überteuerten Mietkosten für das neue Rathaus, zu denen die Stadt sich 30 Jahre lang verpflichtet hat – ein Beispiel für den teuren Unsinn von Privatisierungen.

Sicherlich lassen sich auch sinnvolle Sparmaßnahmen finden, deren Umsetzung nicht die Lebensqualität dieser Stadt bedrohen. Entscheidend aber wird sein, ob die Stadt jetzt ihre Attraktivität vollends aufgibt und in der Folge wie unsere Nachbarstädte Wuppertal und Remscheid enorme Einwohnerverluste erleiden wird oder ob die SolingerInnen dies noch einmal abwenden können und dafür sorgen, dass diejenigen endlich ihre Politik ändern, die hauptsächlich verantwortlich sind für die Misere gerade der nordrhein-westfälischen Städte: Die verantwortlichen PolitikerInnen in Bundestag und Bundesregierung. Der Stadt Solingen werden ca. 26 Mio. €/Jahr vorenthalten durch allein in den Jahren zwischen 2000 und 2010 von Bund und Land an sie übertragene zusätzliche Aufgaben, die nicht auch entsprechend finanziert wurden. Dieses Geld würde schon sehr helfen. Hier muss endlich ein stärker wahrnehmbarer Protest aus unserer Stadt an die Verantwortlichen erfolgen. Der nächstzuständige Verantwortliche ist der Solinger Bundestagsabgeordnete Jürgen Hardt (CDU), der in dieser Hinsicht leider kaum wahrnehmbare Aktivitäten entfaltet. Aber auch die anderen Parteien sollten sich an ihre Verantwortung erinnern und Druck auf ihre Bundesebene ausüben, damit die notleidenden Städte und Gemeinden besser finanziert werden – damit unser Solingen lebenswert bleibt!

*Dietmar Gaida*

Frauen und  
**Café Courage**  
Initiativen Treff e.V.  
Klemens-Horn-Str. 3  
42655 Solingen  
Tel.: 0212 27 36 35

### Mittwochs offene Tür:

12:00 Uhr - 18:00 Uhr  
Willkommenstreff für Flüchtlinge und UnterstützerInnen  
15:00 Uhr - 18:00 Uhr Koffieklatsch

## SOLINGEN 2100

**Zu Beginn des 22. Jahrhunderts versuchten rührselige Heimatforscher, die Ursache zu ergründen warum die Stadt heute so aussah wie die Slums im Asien und Südamerika im 20. Jahrhundert. Während sich diese Städte zu sozial-ökologischen Städten weiterentwickelt hatten verwandelte sich Solingen in einen Slum.**

Was man noch vage wusste, Mitte des 20. Jahrhunderts hatte es wohl mal ein goldenes Zeitalter gegeben. Die Honoratioren und Oberbürgermeister jener Zeit ließen sich feiern als die „Baumeister“ der Zukunft, niemand sah hin als sie mit der rechten Hand Straßen, Gebäude und besonders gern Einkaufszentren einweiheten und mit der linken Hand die Schuldscheine in der Stadtkasse verschwinden ließen. Als die versprochene Zukunft nicht eintraf und die Schuldscheine wieder das Licht des Kämmererbüros erblickten, glaubte man mit ein paar Kürzungen und Streichungen die Sache in den Griff zu bekommen, aber so einfach war das nicht, ein sehr kurzer Blick auf die Kosten-Nutzungsrechnung zeigte schnell wo gespart werden konnte. Zu Beginn waren es nur dünne rote Striche die mit jedem Jahr immer dicker wurden.

### „Alles muss auf dem Prüfstand“

Das war der gängige Slogan, der zur Jahrhundertwende durch das Solinger Rathaus ging und man richtete die Aufmerksamkeit auf Kultur, Bildung und Soziales; mit der Regelmäßigkeit von Weihnachten legte die Stadtverwaltung jedes Jahr eine neue Wunsch-Streichliste vor. Erst wurden kaum merklich nur wenige Prozente oder Sachleistungen gestrichen, um im darauf folgenden Jahr festzustellen: es reicht immer noch nicht. So wurde ein Bad nach dem anderen geschlossen, bis keins mehr übrig war. Aus öffentlichen Parks und Anlagen zog man sich zurück und übergab sie an die Bevölkerung zur Selbstverwaltung mit dem Versprechen sie zu unterstützen, was aber schon im nächsten Haus-

haltsjahr wieder gestrichen wurde. Genauso wurde der Fahrplan für den Öffentlichen Nahverkehr kleckerweise reduziert, bis nur noch ein Bus pro Stunde fuhr und am Wochenende gar keiner mehr.

Ab dem Jahre 2020 machte sich ein leises Gerücht unter Arbeitnehmern und Unternehmern breit, dass es im Bergischen eine Stadt gibt in der man immens hohe Steuern und Gebühren zahlen muss, aber keine Gegenleistung verlangen darf. Zur gleichen Zeit begannen, erst ganz vereinzelt, dann immer mehr Solinger mit den Füßen abzustimmen, und bereichern nun mit ihrem Wissen und Können die Nachbarstädte. In einer Stadt in der man „nur“ arbeiten und konsumieren sollte, aber das Sozialleben tot war oder im Sterben lag, mochten sie nicht leben. In der Folgezeit reduzierte sich die Bevölkerung soweit, dass aus einigen Stadtteilen wieder idyllische Hofschaften wurden, wie man sie früher so gern zur Eigenwerbung nutzte.

Beim Stöbern in Archiven fand man Fragmente aus dem Jahre 2014 zur Haushaltssanierung. Zum einen ging es um Einsparungen bei einer Einrichtung, die sich „Botanischer Garten“ nannte und einer weiteren mit der Bezeichnung „Waldschule“. Später wurden noch einige Seiten mit dem Titel „Vogelsang“ gefunden.

Botanischer Garten war einst ein Ort an dem man sich Pflanzen und ihrer Artenvielfalt widmete und dieses Wissen von Mensch zu Mensch weiter gab, und der gleichzeitig als Naherholungsort und Treffpunkt diente. Seit 2030 ist es eine Brache.

Ursprünglich von der Stadt selbst betrieben wurde die Anlage, um die Stadtkasse zu entlasten an eine Stiftung übergeben mit dem Auftrag der Erhaltung des Gartens. Trotz aller Bemühungen seitens der Stiftung, die ihre Ziele innerhalb der ihr gegebenen Möglichkeiten erreichte, hielt die Stadt mit ihrer Verwaltung doch noch den Damm drauf. Als die Zuschüsse ganz gestrichen

wurden musste der Garten aufgegeben werden. Da die Stadt weiterhin Besitzer des Grundstückes war, griff sie tief in die Verwaltungstrickkiste und erreichte dass auf dem Gelände das X. Industriegebiet entstand, das keiner braucht, aber aus Verwaltungssicht unentbehrlich war. Heute ist das Gelände eine der vielen Brachen im Stadtgebiet und nichts erinnert an seine frühere Funktion.

Ähnlich verhielt es sich mit der Waldschule: jedes Jahr wurde bisschen mehr gekürzt bis sie ganz aufgegeben mußte. Was damals noch mitten im Wald gelehrt wurde, wird heute als Computer-Simulation gelehrt. Damals sah man nicht darauf, was von der Waldschule geleistet wurde, sondern „nur“ auf 58.800 Euro, die eingespart werden mussten.

Wie auch schon beim Botanischen Garten, der Waldschule und beim Hallenbad Vogelsang interessierten nur Einsparungen, nicht was geleistet wurde. Es ist aus heutiger Sicht nicht mehr verständlich, dass solche Einrichtungen aufgegeben wurden. Zumal man damals schon wusste, soziale Aufgaben der Stadt sind kein Luxus, sondern eine überlebenswichtige und in die Zukunft weisende Notwendigkeit. Der einseitige Blick auf Kosten in der damaligen Zeit (2014) hat die Stadt ihre soziale- und Bildungs-Zukunft gekostet. Heute, da die Einwohnerzahl das Niveau eines Dorfes erreicht hat, ist ein Wiederaufbau des Verlorenen nicht mehr möglich.

*Heinz Mähner*

## Wer oder was ist Attac?

Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen. Wir machen uns Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen, die durch die neoliberale Globalisierung entstehen und zeigen Alternativen auf.

### Eine andere Welt ist möglich!

Attac-Solingen trifft sich jeden 1. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, Solingen.

Jeden 3. Mittwoch im Monat organisiert Attac-Solingen das Themen-Frühstück „Armut geht uns alle an - gemeinsam etwas erreichen!“ von 10 bis 12 Uhr im Café Courage.

Bei unseren Veranstaltungen sind interessierte Mitmenschen immer herzlich willkommen.

Mehr Infos:

[www.attac-netzwerk.de/solingen](http://www.attac-netzwerk.de/solingen)

Kontakt: [solingen@attac.de](mailto:solingen@attac.de)

Birgit Correns, Tel.: 0212 / 80157





Die tacheles dokumentiert im Folgenden auf den Seiten 5 - 12 Erklärungen und offene Briefe von Einrichtungen, Vereinen und Initiativen, die gegen geplante Kürzungen der Stadt im sozialen, kulturellen, ökologischen und sportlichen Bereich protestieren:

## MITGLIEDER DES FAHRGASTBEIRATS PROTESTIEREN GEGEN KÜRZUNGEN IM BUSVERKEHR

... der Rat hat am 04.09.2014 die erneute Einrichtung eines Fahrgastbeirats beschlossen. Das hat uns sehr gefreut, zumal die Zusammenarbeit im Fahrgastbeirat von Stadt, externen Planern und ehrenamtlich von Bürgern und Bürgerinnen eingebrachten detaillierten Erfahrungen in den letzten Jahren zu sehr guten Ergebnissen geführt hat.

Der im Mai 2013 vom Rat verabschiedete Nahverkehrsplan wurde im Dezember 2013 umgesetzt. Er hat zum Ziel, bei gleichem Aufwand (in gefahrenen Buskilometern) durch einen besser auf die Bedürfnisse der Bevölkerung angepassten Fahrplan mehr Fahrgäste und damit Einnahmen zu generieren. Dies soll nach einem Zeitraum von ca. zwei Jahren überprüft werden.

zeichner dieses Schreibens – alles Mitglieder des ehemaligen Fahrgastbeirats – für nicht vertretbar. Der neue Fahrgastbeirat wird leider nicht die Möglichkeit haben, vor den Ende Oktober 2014 beginnenden Haushaltsberatungen der Fraktionen erstmals zu tagen.

*Reiner Nießen,*

Verkehrsclub Deutschland (VCD)

*Bernhard Müller, Ver.di*

*Eva Thomas, Abonnetin Ticket 1000*

*Songül Wever-Uygur, Beirat Agenda-Team*

*Dietmar Gaida, Bündnis 90 / Die Grünen*

*Anke Wagner,*

Initiative „Solingen gehört uns“

*Peter Krimmel vom Steeg,*

Abonnet Schoko-Ticket

*Maria Schulz, Umweltverbände*

*Lothar Scholl, Seniorenbeirat*

*Eckart Hoffmann,*

Fachausschuss Umwelt

des ev Kirchenkreises



Jetzt ist der neue Fahrplan nicht einmal ein Jahr alt und dennoch werden bereits wieder deutliche Angebotseinschränkungen gefordert. Im aktuellen Haushaltsentwurf sind entsprechende kurz- und längerfristige Kürzungen aufgeführt:

In 2015 sollen 50.000 Euro eingespart werden, in 2016 bereits 400.000 Euro und ab 2018 jährlich 900.000 Euro. Damit droht eine Abwärtsspirale nicht nur im Busverkehr, sondern in der Attraktivität der Stadt Solingen als Wohn- und Arbeitsstandort insgesamt.

*Wie lange muss ich demnächst  
auf meinen Bus warten?  
Foto: Heinz Mähner*

Dieses Vorgehen halten die Unter-

### „Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Wir treffen uns jeden ersten Montag im Monat um 19.00 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3  
Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: [www.solingen-gehoert-uns.org](http://www.solingen-gehoert-uns.org)  
[info@solingen-gehoert-uns.org](mailto:info@solingen-gehoert-uns.org)

„SOLINGEN GEHÖRT UNS !“



## Lucio Urtubia

Anarchist und Maurer.

OmU dt.,

Film zum Buch

„LucioUrtubia: Baustelle  
Revolution“

19:30 Uhr im

Café Courage

Klemens-Horn-Str. 3,  
42655 SG

Eine Veranstaltung der FAU  
Solingen, Eintritt frei

## BÜNDNIS FÜR FAMILIE IN DRINGENDER SORGE UM DIE FAMILIENFREUNDLICHKEIT DER STADT

**... der Sprecherrat des Solinger Bündnisses für Familie wendet sich heute an Sie als Mitglied des Rates der Stadt Solingen in dringender Sorge um die Familienfreundlichkeit unserer Stadt.**

Zunächst zu uns: Vor genau 10 Jahren hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ins Leben gerufen. Im gleichen Jahr wurde hierzu ein Ratsbeschluss in Solingen gefasst, demzufolge es am 24. Februar 2005 zur Gründung des Solinger Familienbündnisses kam. Seitdem engagierte sich das Familienbündnis zu zahlreichen Themen.

Nun zu unserem Anliegen: Gemäß den Vorschlägen der Stadtverwaltung zum Haushaltssanierungsplan für die Jahre 2015 bis 2027 sollen zahlreiche Angebote geschlossen oder stark gekürzt werden, die gerade für Familien, aber auch für jüngere und ältere Menschen und/oder finanziell schwache Solingerinnen und Solinger von großer Bedeutung sind für die Teilhabe an Bildung, am öffentlichen Leben und an der Kommunikation mit anderen. Die Sparvorschläge betreffen direkt Themenbereiche, in denen das Familienbündnis selbst aktiv ist.

So engagiert sich unsere Projektgruppe Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum seit 2006 für die Aufwertung der Spielplätze, Parks und weiterer öffentlicher Stadträume. Das Bündnis hat dafür zahlreiche Vorschläge entwickelt, Veranstaltungen und Spielplatzfeste organisiert und bietet auch weiterhin ausdrücklich seine aktive Mitarbeit an. Wir treten seit Langem für die Pflanzung von Ersatzbäumen in der Solinger Nordstadt ein. Hier mussten ebenso wie in der Innenstadt in den letzten Jahren zahlreiche Bäume für Baumaßnahmen weichen. Stadtbäume im öffentlichen Raum dienen nicht nur einem angenehmeren Lebensgefühl der Stadtbewohnerinnen und -bewohner, sondern sind auch von hoher Bedeutung für die Luftqualität gerade in den dicht bebauten Innenstadtquartieren, die nur wenige private Grünflächen aufweisen. Darüber hinaus wirken sie der weiter zunehmenden Aufheizung der Stadtzentren entgegen, die gerade älteren Menschen Probleme bereitet.

Deshalb wurde u.a. im „Integrierten Handlungskonzept für die Solinger Nordstadt“ festgehalten, möglichst viele Ersatzpflanzungen von Bäumen im Quartier selbst vorzunehmen. Die Bezirksvertretung Mitte unterstützte einstimmig den Antrag des Bündnisses, von uns vorgeschlagene Ersatzstandorte zu prüfen. Diese Prüfung ist bisher nicht abgeschlossen.

Der nach Vorschlag einer HSP-Maßnahme geplante Wegfall der Baumschutzsatzung

würde jedoch die Finanzierung von Ersatzpflanzungen in Höhe von derzeit ca. 60.000 Euro/Jahr beenden. Denn fällige Ausgleichszahlungen für Ersatzpflanzungen außerhalb der Grundstücke, für die Fällanträge gestellt wurden, könnten dann nicht mehr eingenommen werden. Damit würden diese Pflanzungen u.a. in den Stadtteilzentren und Wohnstraßen zum Nachteil von Familienfreundlichkeit und Stadtklima entfallen. Es braucht mehr, nicht weniger Bäume in den Stadtquartieren. Daher bitten wir Sie, die in Rede stehende Abschaffung der Baumschutzsatzung zu überdenken.



*Der Fahrgastbeirat setzte sich für den neuen, gut genutzten Kleinbus in Wald und Gräfrath ein  
Foto: Dietmar Gaida*

Ebenso bitten wir Sie, angesichts des demografischen Wandels und der damit verbundenen Zunahme des Anteils älterer Menschen eine deutliche Verbesserung der Situation der Sitzgelegenheiten zu initiieren. Gerade ältere Menschen, von denen viele in den Stadtteilzentren leben, benötigen Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum, um sich außerhalb der eigenen Wohnung zu bewegen und in Kontakt mit anderen Menschen zu treten. Wir bitten Sie deshalb, den Antrag des Seniorenbeirats der Stadt Solingen auf ein Kataster der Sitzbänke, ein gesamtstädtisches Konzept für Sitzgelegenheiten sowie für eine bessere Unterhaltung von diesen zu unterstützen und dafür Mittel im Haushalt 2015 zur Verfügung zu stellen.

Unser Engagement in den letzten Jahren galt auch der Mitarbeit im Fahrgastbeirat. Wir denken, dass gerade für Jüngere, Ältere und finanziell schwächere Familien die Teilnahme an Lernen, Beruf und gesellschaftlichem Leben auch vom ÖPNV-Angebot abhängt. Mit großer ehrenamtlicher Intensivität haben Bürgerinnen und Bürger im Fahrgastbeirat, in dem die Vertreterin des Familienbündnisses den stellvertretenden Vorsitz innehatte, an der

Erstellung des neuen Nahverkehrsplanes gearbeitet. Diesen Aktiven der Bürgergesellschaft sollte jetzt nicht vor den Kopf gestoßen werden. Zumal im neuen Nahverkehrsplan mittels umfangreicher Bürgerbeteiligung unter Beibehaltung des Buskilometerumfanges ein verbessertes Kundenangebot erreicht werden konnte, mit dem neue Fahrgäste angesprochen werden sollen. Vereinbart wurde zur Ergebnisüberprüfung eine zweijährige Probezeit. Ein vorzeitiges Zurückdrehen der von Politik, Verwaltung und Bürgergesellschaft gemeinsam erarbeiteten Maßnahmen ließe an der Zuverlässigkeit demokratischer Verfahrensweisen zweifeln.

Gleiches gilt im Prinzip überall dort, wo sich bereits in jüngster Vergangenheit Menschen besonders stark für Lebens- und Lernorte in Solingen eingesetzt haben und damit Orte erhalten konnten, die überaus wichtig für Kinder, Jugendliche und Familien sind.

Ausdrücklich wollen wir an dieser Stelle die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für den Botanischen Garten, die Tierparkschule der Fauna und die Waldschule nennen. Schließlich und der Vollständigkeit halber darf nicht unerwähnt bleiben, dass auch Stadtbüchereien und Schwimmbäder kein Luxus sind, sondern mit ihren Angeboten und Veranstaltungen öffentliche Lern-, Erfahrungs- und Kommunikationsräume bieten, die Familien, Kinder und Jugendliche als Teil einer Stadtgesellschaft wahrnehmbar machen.

Uns ist es natürlich klar, dass mit der unerwarteten Finanzklemme die Finanzierung der vielen genannten Angebote nur schwer zu bewältigen ist. Wer aber sagt uns, ob die Finanzklemme mit der Einstellung der Angebote überwunden werden kann und ob der Standort Solingen dadurch nicht erheblichen Schaden nimmt?

Ausgangspunkt der kommunalen finanziellen Krise sind ja nicht die Kinder, die Schwimmen lernen wollen oder die Jugendlichen, die sich gemeinsam in der Bücherei verabreden haben, um dort gemeinsam zu lernen oder das Internet zu nutzen oder einfach nur um dort zu lesen. Schuld sind auch nicht die Kindergärten, die die Waldschule besuchen und ihren Kindern so einen Zugang zur Natur ermöglichen.

Wir bitten Sie, dies in Ihren schwierigen Haushaltsberatungen und -beschlüssen zu berücksichtigen.

*Der Sprecherrat des Solinger Bündnis für Familie*

*Uschi Neeff, Heide Sousa und Thilo Schnor*



## NATURSCHUTZVERBÄNDE KÄMPFEN FÜR DIE BAUMSCHUTZSATZUNG

### Entwurf des Haushaltssanierungsplanes für die Jahre 2015 bis 2027

Die Solinger Naturschutzvereine BUND, NABU und RBN nehmen hiermit Stellung zu der vorgeschlagenen Maßnahme Wegfall Baumschutzsatzung (Mneu 12) im Entwurf des Haushaltssanierungsplanes für die Jahre 2015 bis 2027.

Vor dem Hintergrund der Erhaltung des ökologischen und sozialen Beitrages von Bäumen im dicht besiedelten innerstädtischen Bereich wurde in Solingen 1977 eine Satzung zum Schutz des innerstädtischen Baumbestandes verabschiedet. Damit wird seitdem der Baumbestand im innerstädtischen Bereich, der nicht im Landschaftsplan gesichert ist, erhalten.

Die Baumschutzsatzung schützt seitdem zum einen den besonders wertvollen Altbaumbestand, der aus ökologischen Gründen nicht gefällt werden soll. In den meisten Fällen wird die Fällung von Bäumen jedoch erlaubt und es wird eine Verpflichtung zur Ersatzpflanzung ausgesprochen. Dies führt zu einer Sicherung des Baumbestandes auf dem eigenen Grundstück.

Wenn dies nicht möglich oder gewollt ist, werden Ausgleichszahlungen entrichtet. Diese betragen in Solingen jährlich 60.000 – 65.000 Euro. Mit diesen Mitteln führt die Stadt Baum- und Heckenpflanzungen, aber auch Pflege-, Erhaltungs- und Sicherungsmaßnahmen von Bäumen im öffentlichen Straßenraum durch.

Fiele die Baumschutzsatzung fort, gäbe es im privaten und im öffentlichen Raum keine Verpflichtung zu Ersatzpflanzungen mehr. Die Einnahmen durch die Ausgleichszahlungen entfielen also. Ohne Baumschutzsatzung ent-

stünden weiterhin zusätzliche Personalkosten wegen der dann notwendigen Kartierung aller schützenswerten Bäume. Der Finanzierung von Baumpflanzungen im öffentlichen Raum wäre die Grundlage entzogen. Die nachhaltige Sicherung des Baumbestandes im Innenbereich würde entfallen.

Stadtbäume erfüllen aber eine wichtige Funktion zur Erhaltung unserer Lebensqualität und sind förderlich für die Erholung gerade im dichtbesiedelten Stadtgebiet. Stadtbäume verringern die starke Feinstaubbelastung und dienen der Luftreinhaltung. So filtert eine gesunde Buche oder Eiche im Jahr etwa 1 Tonne Staub und Gifte aus der Luft. Stadtbäume dienen auch dem Lärmschutz. Sie sind

von existenzieller Bedeutung als Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten in der Stadt. Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Stadtgrüns gerade in Zeiten des Klimawandels und der immer heißeren Sommer wäre statt der Abschaffung der Baumschutzsatzung eigentlich die Wiedereinführung der lange Zeit bestehenden Haushaltsposition Bäume im Straßenraum sinnvoll. Diese hatte viele Jahre Bestand, es waren ca. 150.000 DM (ca. 75.000 €) jährlich dafür vorgesehen.

In unserer Nachbarstadt Wuppertal wurden nach der sehr umstrittenen Abschaffung der



Ersatzpflanzungen finanzieren Bäume an der Straße  
Foto: Anette Kugler

Baumschutzsatzung innerhalb des folgenden Jahres sehr viele Stadtbäume abgeholzt. Lassen Sie es in Solingen nicht soweit kommen!

Thomas Bloss  
RBN Solingen  
Helmut Sang  
NABU Solingen  
Sibylle Hauke  
BUND Solingen



### tacheles-Jahresabo

Ein Jahr für 13 € frei Haus

Unterstützungs-Abo 20 € frei Haus

Bankverbindung  
Bürgerinitiativenbüro e.V.  
BLZ 330 605 92  
(Sparda Bank)  
Konto-Nr. 546 4641  
Stichwort „tacheles-Abo“



## STADTSPORTBUND: DEM EHRENAMT WIRD DER BODEN UNTER DEN FÜSSEN WEGGEZOGEN

### Entwurf des Haushaltsplanes 2015

**Drei Wochen ist es nun her, dass Oberbürgermeister Norbert Feith und Stadtkämmerer Ralf Weeke obigen Entwurf dem Rat und der Öffentlichkeit vorgestellt haben.**

Seitdem ist in der Presse viel über die geplanten, teils radikalen Einschnitte zu lesen, um das aufgetretene Defizit-Loch zu schließen, damit nicht auch noch zugesagte Landesgelder ad acta gelegt werden müssen. Damit verbunden ist der Zwang des Haushaltsausgleiches ab 2018.

In einem umfangreichen Paket werden Maßnahmen geplant wie Streichungen, Reduzierungen sowie Sanierungsbeiträge der Beteiligungen eingefordert.

Die Politik ist nun am Zug, die vorgeschlagenen Kürzungen oder die stets angedrohten Steuererhöhungen (insbesondere Grundsteuer B) aufzunehmen und in der Ratssitzung Mitte Dezember zu beschließen.

Oberstes Motto: wird eine vorgeschlagene Position herausgenommen, muss von anderer Stelle ein finanziell gleicher Betrag herkommen.

Die Stadtspitze bedauert insgesamt die Situation und hofft, um Einrichtungen zu erhalten oder Streichungen zu vermeiden auf mehr bürgerschaftliches Engagement.

Meinung: Dies zeugt von großem Optimismus, wenn gleichzeitig verlässlichen und nachhaltigen Tätigkeiten von Bürgern der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Ein Beispiel ist hier die Arbeit des Vereins Botanischer Garten, dem gar die Schließung angedroht wird. Für mich ein völlig falsches Signal, mehr Bürgerengagement zu akquirieren!

Nun aber konkret zu den Themen des Sports.

-Das Heidebad soll ab der kommenden Saison geschlossen bleiben, um die laufenden Betriebskosten einzusparen.

-Das Hallenbad Vogelsang soll nicht nur nicht generalsaniert sondern zur Einsparung der Betriebskosten ab 2017 geschlossen werden.

Meinung: Eine Stadt mit 155.000 Einwohnern hat dann kein Bad für die Öffentlichkeit. Hierzu fehlt mir selbst bei größter Anstrengung die Vorstellungskraft!!!

-Reduzierung Zuschüsse an den Eissport um 60.000€ ab 2015

Meinung: Um die gleiche Eiszeit zu erhalten, müssten die 3 Sportarten Eislaufen im STB, Eishockey beim EHC Bergisch Land und Eistockschießen diese Summe aufbringen.

Da dies auszuschließen ist, würden die Trainingszeiten halbiert, was eine sinnvolle Ausbildung und Ausübung nicht zulässt – quasi der Tod dieser 3 Sportarten.

Auch für den Betreiber der Eishalle, die Lebenshilfe Solingen, dürfte diese Summe

kaum anderweitig einzuspielen sein, was letztlich zur Schließung führen dürfte.

-Kritische Durchsicht der „freiwilligen“ Zuschüsse (auch als Liste 23 bekannt).

Für den Sport sind hier die Zuschüsse an die Vereine für Pflegedienstleistungen enthalten, die per Vertrag geregelt sind.

Meinung: Würden diese Verträge gekündigt, hat die Stadt 2 Möglichkeiten.

a.) Sie lässt die Freizeitsportanlagen verkommen.

b.) Sie stockt ihr Personal auf und übernimmt die Pflege selbst – mit Sicherheit dürfte dies deutlich mehr Kosten verursachen.

Enthalten sind in dieser Liste auch die Zuschüsse für die Übungsleiter sowie 16.000€ für die Durchführung von Breitensportmaßnahmen an den SSB.

Während in anderen Bereichen mit Blick auf Tarifierhöhungen Anpassungen fast automatisch erfolgen; müssten die Mitarbeiter des Sports seit zwei Jahrzehnten eher verhungern, da keine Erhöhungen erfolgten.

-Auffallend noch die Position M181 bei den Einzelmaßnahmen im HSP – Aufgabe Sportstadion Hermann-Löns-Weg (mit Kunstrasen und Umkleiden) – mit 34.200€ ab 2015.

Meinung: Vereinbart ist die Aufgabe der Anlagen erst zu dem Zeitpunkt, wenn der Ersatz-



*Hallenbad Vogelsang: Von Schließung bedroht*

*Foto: Dietmar Gaida*

platz Josefthal fertig und bespielbar ist.

Da die Veräußerung des Geländes Union Stadion noch nicht erfolgt ist und damit der Bau des Ersatzplatzes noch nicht in trockenen Tüchern ist, kann die vorgegebene Zeitschiene 2015 nur falsch sein!

Wir werden als SSB in den verbleibenden Wochen bis Dezember mit den Parteien intensive Gespräche führen, um tragbare Lösungen zu finden, die Kahlschläge vermeiden und / oder Belastungen in tragbarem Rahmen halten.

**Die Vereine sollten sich bereithalten, um mit eventuellen Aktionen kurzfristig zu reagieren – dann ist Eure Hilfe gefordert.**

*Hartmut Lemmer*



**Über 30 Jahre in der Natur Aktiv**  
**Bergischer Naturschutzverein e.V.**  
 OV Solingen, [rbn@rbn-solingen.de](mailto:rbn@rbn-solingen.de)  
[www.rbn-solingen.de](http://www.rbn-solingen.de)



## STADTJUGENDRING: SPARHAUSHALT TRIFFT BESONDERS JUNGE MENSCHEN

### Stellungnahme von Mitgliedsvereinen und Verbänden des Stadtjugendrings Solingen zu den geplanten Haushaltskürzungen

Wir sind empört und geschockt!

Sollten die geplanten Kürzungsvorhaben realisiert werden, und wir sprechen hier vor allem von - der geplanten Schließung des letzten verbliebenen Hallenbades, - der geplanten Schließung eines weiteren Freibades, - einer weiteren Reduzierung des Angebotes der Stadtbücherei, - einer geplanten Reduzierung des schon jetzt unzureichenden Busangebotes - geplanter Kürzungen bei der Eishalle Solingen, - geplanter Kürzungen bei den Jugend-, Sozial-, -Sport- und Bildungsvereinen und -verbänden (Liste 23), dann trifft es besonders die jungen Menschen dieser Stadt, die nicht über die finanziellen und mobilen Möglichkeiten verfügen, andere kostenintensivere Angebote zu nutzen und / oder in eine andere Stadt zu fahren, um dort die noch verbliebenen Angebote zu nutzen!

Seit Jahren verknüpfen die Solinger Jugendvereine und -verbände dieser Stadt ehrenamtliche / freiwillige Mitarbeit mit professioneller pädagogische Arbeit und leisten in Solingen qualitätsvolle und wichtige und dem Gesetz nach zu fördernde Arbeit (§§ 11 – 14; 73 und 74, SGB VIII).

Wir organisieren Hausaufgabenhilfen, bieten soziale Beratung bei Problemen an, fahren mit den Kindern der Ferienkolonien mit Bus und Bahn zum Hallenbad Vogelsang, nutzen die Bücher der Stadtbücherei, gehen mit den Kindern und Jugendlichen in die Eishalle, organisieren Freizeiten und Sportveranstaltungen, qualifizieren Jugendliche für ehrenamtliches Engagement und für den Rettungsdienst. Wir richten unsere Angebote



„Wohin? Wenn es den Ort nicht mehr gibt?“

Foto: Heinz Mähner

an alle Kinder und Jugendliche dieser Stadt – unabhängig von ihrer Herkunft, Geschlecht und Religion. Unsere Angebote wirken präventiv und verhindern somit oft teure Jugendhilfemaßnahmen. Unser besonderes Augenmerk ist vor allem auf diejenigen gerichtet, die finanziell und sozial schlechter gestellt sind und auf besondere Unterstützung und Förderung angewiesen sind.

Wir setzen uns mit unserem Engagement für eine soziale und gerechte Stadtgesellschaft ein, mit und für die Solinger Kinder und Jugendliche gestalten wir diese Stadt positiv. Deshalb fordern wir:

**Keine Schließung von kinder- und jugendrelevanten Einrichtungen!**

**Keine Kürzungen bei den kinder- und jugendrelevanten Vereinen und Verbänden!**

Erstunterzeichnende<sup>1</sup>:

<sup>1</sup> Das sind die ersten Unterzeichnenden von insgesamt 23 Vereinen und Jugendverbänden, die im Stadtjugendring zusammengeschlossen sind. In den nächsten Tagen folgen sicher noch weitere Unterstützende dieser Stellungnahme.

1. Eva Thomas / Vorstandsvorsitzende des Stadtjugendrings „Rund um die Zietenstraße“ e. V.
2. Karen Leiding / Geschäftsführerin Solinger Sportbund e. V. / Sportjugend Solingen
3. ChorAkademie Bergisch-Land e.V.  
i. A. Sabine Bak
4. Margit Rolla  
Evangelische Jugend Solingen
5. Mustafa Temirlenk  
DITIB Jugend Solingen
6. Olaf Kettenbach  
DGB Jugend Solingen
7. Norbert Schäfer / Dienststellenleiter  
Jugend- und Drogenberatung anonym e. V.
8. Martine Rossi / Leitung  
InterJu Verein zur Förderung der internationalen Jugendbegegnung in Solingen e. V.
9. Olaf Bauch / 1. Vorsitzender Pflege- und Adoptivelterninitiative Solingen e. V.



Eissport in Solingen. Bald Geschichte?

Foto: Heinz Mähner

**ALFA**  
MESSEBAU

UWE ALVERMANN  
BURGSTRASSE 112  
42655 SOLINGEN  
TELEFON (02 12) 31 06 61  
TELEFAX (02 12) 31 15 59  
MOBIL 0172-655 68 22  
U.ALVERMANN@ARCOR.DE

## BEDROHT: WALDSCHULE

Die Waldschule Solingen wurde im Jahr 1986 gegründet, um Stadtkindern und Jugendlichen aus Solingen und der Umgebung im Rahmen der Naturpädagogik einen direkten Zugang zur Natur zu ermöglichen.

Dabei legen wir Wert darauf, dass neben der reinen Wissensvermittlung die Natur mit allen Sinnen erfahren wird.

Seit nunmehr 28 Jahren werden wir diesem Auftrag gerecht, in dem wir ein breit gefächertes Schulungsprogramm für Kindergarten – und Schulkinder aller Altersklassen, für alle Schulformen und -stufen erarbeitet haben. Für Schulkinder stehen die Themen:

- Naturerleben in den 4 Jahreszeiten
- Forschen im und am Gartenteich
- Biologische Gewässeruntersuchung und Nachhaltigkeit an oberer Stelle.

In Glüder, zwischen Tierheim und Sengbachtalsperre liegt unsere Einrichtung in idyllischer Lage mitten in einem schönen Mischwald, der zu vielfältigen Erkundungen geradezu einlädt.



Mit Kescher und Lupendosen ausgestattet, macht Kindern ein hautnahes Erleben, Begreifen von naturwissenschaftlichen Zusammenhängen doppelt Spaß!

Weitere Angebote für Kinder sind z.B. unsere Ferienprogramme in den Schulferien, immer mit Bezug auf den Wald und die Natur. Fachkundig geführte Kräuterwanderungen und Pilzexkursionen sowie Waldführungen zu Themen wie Waldschäden oder Nachhaltigkeit runden unser vielseitiges Naturpädagogisches Angebot ab.

Wissenschaftliche Studien haben belegt, wie wichtig eine nachhaltige Bildung gerade im Naturbereich für die Entwicklung sozialer Kompetenzen ist.

Nun beinhalten die neuesten Sparvorschläge unserer Stadtverwaltung, die Zuschüsse für den Betrieb der Waldschule in Solingen-Glüder zum 1. Januar 2015 zu streichen. Das bedeutet das kurzfristige AUS für die Waldschule.

Wollen Sie als Bürgerinnen und Bürger, Mütter, Väter, Großeltern, dass unseren Kindern diese Möglichkeit der naturnahen Bildungsmöglichkeit genommen wird? Wenn nicht, unterstützen Sie uns durch Ihre Unterschrift und stimmen Sie für den Erhalt der Waldschule.

*Ihr Team  
Der Waldschule Solingen*

## „GENUG GEKÜRZT, SOLINGEN!“

Aufruf zur Demonstration am 6. Dezember

Die Stadt plant massive Kürzungen für den Haushalt 2015. Sie betreffen uns alle, besonders Kinder, Jugendliche, ältere und ärmere Menschen. Einrichtungen, wie die Eishalle, der Botanische Garten, das Hallenbad Vogelstang und das Heidebad machen die Attraktivität Solingens aus und gehören zur kulturellen Identität unserer Stadt. Ihre Schließungen und weitere Kürzungen an der Lebensqualität, würden unsere Stadt zerstören. Die Bürger sind nicht verantwortlich für die kommunale Krise und sollen nicht ihre Folgen tragen! Viele Kommunen stecken in einer ähnlichen Situation. Die chronische Unterfinanzierung der Kommunen und ihre Überschuldung wird wohl wissend in Kauf genommen. Denn

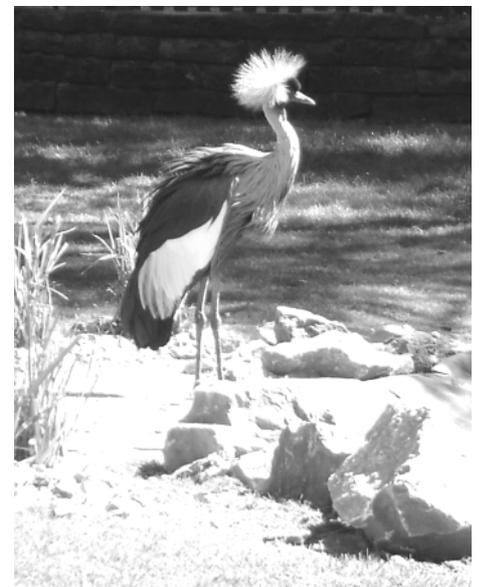
der Bund verabschiedet dringend notwendige Sozialgesetze, lässt diese aber von den Ländern und Kommunen finanzieren. Das gilt für die gesetzliche Verpflichtung Kitas zu bauen und zu betreiben, Behinderte einzugliedern, die Grundsicherung im Alter zu übernehmen, kommunale Straßen instand zu halten und in Schul- und Verwaltungsgebäude zu investieren. So treibt man ganze Städte in den Ruin, ohne dass die Bevölkerung vor Ort mitreden kann. Deshalb sagen wir NEIN! zum Kaputtsparen unserer Stadt und JA! zu einem Zukunftskonzept einer demokratischen Stadt mit Lebensqualität. Wir fordern vom Land NRW Sparaufschlag für Solingen und vom Bund eine angemessene Finanzierung der Kommunen! Deshalb lädt „Genug gekürzt, Solingen!“ die Solingerinnen und Solinger am 6.12.2014 um 14:00 Uhr zu einer Demonstration ein. Gemeinsam werden wir vom Fröhnhof durch die Innenstadt zum Rathausplatz ziehen.

breiten Bündnis einlädt.

Das nächste Bündnistreffen findet am 16.11. statt. Der Ort des Treffens steht bei: <https://www.facebook.com/pages/Genug-gek%C3%BCrzt-Solingen/1543606252537797?fref=nf>



„Genug gekürzt, Solingen“ ist eine Gruppe junger Menschen, die sich für eine zukunftsfähige Stadt Solingen engagiert und zu einem





## DER TIERPARK FAUNA E.V. – EIN FAMILIENFREUNDLICHER AUSFLUGS- UND AUFENTHALTSORT

Die „Fauna“, wie sie liebevoll in Solingen genannt wird, ist ein beliebter Ausflugsort mit ca. 100.000 BesucherInnen pro Jahr.

Der Tierpark entstand vor über 80 Jahren in der „Gräfrather „Heide“, unweit des heutigen Lichtturms.

Engagierte Männer des „Ziergeflügelzuchtverein Fauna“ bauten 1932 den Heimattiergarten auf und nannten ihn „Natur- und Vogelschutzverein Fauna“. 1942 musste der Park aufgrund der Kriegsergebnisse geschlossen werden.

Wilhelm Eisenbart, einer der Gründer des Vereins, trieb ab 1949 den Wiederaufbau des Tierparks voran. Durch den selbstlosen Einsatz der aktiven Mitglieder konnte 1951 die Fauna wieder geöffnet werden.

Auf einer Fläche von rund 29.100 qm sind die unterschiedlichsten Tiere beheimatet. Ziel des Vereins ist es, langfristig solche Tiere anzusiedeln, die angepasst an unser Klima ohne hohen energetischen Aufwand hier leben können. Dieses Konzept wird derzeit durch die Errichtung eines neuen Schweine- und Ziegengeheges umgesetzt.



In den nächsten Jahren soll im unteren Teil des Tierparks für die Lamas ein größeres Gehege geschaffen werden. Das dort lebende Damwild soll einen Wetterschutz bekommen. Das sind Maßnahmen, die die Familienfreundlichkeit und artgerechte Tierhaltung gewährleisten sollen.

Der Tierpark wird überwiegend von Familien mit Kindern genutzt. Der neugestaltete Spielplatz mit Schaukel und Klettergeräten sowie einer attraktiven Rutsche fördert die Bewegungsfreude der Kleinen.

Nachdem in 2014 die Wege erneuert wurden, ist es auch Menschen mit Gehbehinderungen möglich, den Park mit einem Gehwagen oder Rollstuhl zu befahren. Dieses eröffnet insbesondere den BewohnerInnen des nahegeleg-

nen städt. Altenzentrums, des Eugen-Maurer-Hauses, neue Möglichkeiten.

Der Tierpark verfügt über eine Tierparkschule, die 1989 gegründet wurde. In 2013 besuchten 147 Gruppen mit 505 Erwachsenen und 2.029 Kindern diese Einrichtung.

Sie erfüllt einerseits einen pädagogischen Auftrag. Kinder können die Natur und die Tiere hautnah erleben und mit allen Sinnen erfassen. Das ist in unserer sehr technisch orientierten, naturvergessenen Zeit äußerst wichtig.

Die Tierparkschule stellt außerdem einen Multiplikator dar. Kinder die daran teilnehmen, teilen ihre Eindrücke den Eltern und Verwandten mit und drängen auf einen regelmäßigen Besuch des Tierparks. Somit ist mit der Tierparkschule auch das Überleben der gesamten Fauna verknüpft.

Die Stadt Solingen hat bisher die Tierparkschule mit einem Zuschuss in Höhe von 23.930,00 € jährlich unterstützt. Im Haushaltsentwurf für 2015 ist die Streichung dieses Zuschusses vorgesehen.

Dieses würde zum Wegfall der Tierparkschule führen. Es würde eine Personalreduzierung vorgenommen werden müssen.

Die Fauna ist ein Betrieb, in welchem neben einigen geringfügig Beschäftigten 9 Vollzeitbeschäftigte tätig sind. Darunter ein sog. Schwerbehinderter.

Es werden darüber hinaus ca. 100 Praktikanten von Solinger Schulen betreut. Außerdem werden der Fauna Personen zugeteilt, die Sozialstunden ableisten müssen und die ebenfalls eine personelle Betreuung benötigen.

Im Tierpark werden von ehrenamtlich Tätigen Menschen ca. 6.000 Stunden pro Jahr unbezahlte Arbeit geleistet. Dieses Engagement wird durch die Zuschusskürzung mit Füßen getre-



ten.

Letztendlich gibt der Tierpark durch seine Arbeit ein Vielfaches des Geldbetrages, der im Raume steht, der Stadt Solingen wieder zurück.

Es sind nicht nur die ca. 8.000,00 € für Grundabgaben, die jährlich von der Fauna an die Stadt Solingen fließen, sondern auch die rund 25.000,00 € an die Stadtwerke Solingen für die genutzte Energie.

Die Stadt hat fernerhin indirekte Vorteile durch die BesucherInnen, die teilweise von weit her nach Solingen kommen und den lokalen Tourismus ankurbeln.

Da bleibt das Tourismuskonzept der Stadt nicht nur eine Worthülse, nein die Fauna setzt es um.

Monika Tönnies

Schriftführerin des Tierpark Fauna e.V.

Fotos: Tierpark Fauna

Spendenkonto des Tierpark Fauna e.V.:  
KontoNr. 407445 - Stadt-Sparkasse Solingen  
(BLZ 34250000)



## BÜRGERINITIATIVE „SOLINGEN GEHÖRT UNS!“: SOLINGEN - STADT OHNE ZUKUNFT?

**Wir empfinden die Sparpläne, die die Verwaltung für 2015 vorgelegt hat, als empörend und ungerecht, denn sie betreffen uns alle, ganz besonders aber Kinder, Ältere und Ärmere. Würden diese Pläne realisiert, verlöre Solingen vieles von dem, was die Stadt heute noch attraktiv macht für Einwohner, Zuzügler und Investoren.**

Denn viele der Institutionen, bei denen Streichung oder Reduzierung der Zuschüsse geplant sind, wären finanziell bald am Ende. Städtische Dienstleistungen würden wesentlich verschlechtert. Man kalkuliert Einnahmen, die wir für Luftbuchungen halten. Die Belastungen für die Bürger würden erhöht.

Dicht gemacht werden sollen laut Vorlage u. a. das Schwimmbad Vogelsang, das Heidebad, eventuell der Botanische Garten. Das Aus droht Eissporthalle, Sporthalle Gillicher Straße, der Waldschule, dem Schullandheim, dem Walter-Bremer-Institut und der Tierparkschule. Gefährdet wären TBS und Kinderheime. Verschlechtern würden sich die Fahrpläne der Busse, der Zustand der Straßen (!), die Angebote der VHS und der Stadtbücherei. Die Wege zum Bürgerbüro würden durch die geplante Zentralisierung für viele Bürger länger. Die Verwaltung schlägt eine Erhöhung der Grundsteuer A und B und der Hundesteuer vor. Eine Erhöhung der Gebühren für die Musikschule steht zu befürchten.

Für Luftbuchungen halten wir (leider) die für 2015 veranschlagten Einnahmen aus den Ab-

gaben von Klinikum, Altenheimen, Stadtparkasse, SWS und TBS. Diese Einnahmen sind zumindest unsicher, es sei denn man würde am Personal sparen oder an der Gebührenschaube drehen.

Andererseits scheint an den Sünden der Vergangenheit wie der Anschaffung von SAP und den hohen Mietkosten des Rathauses (Vertrag bis 2039!) nicht mehr zu rütteln zu sein.

Die Steuerumgehung der großen Konzerne und die Ebbe in den Kassen von Ländern und Kommunen hängen zusammen. Dies bedingt ungerechte Verhältnisse.

Nur eine Entlastung der Kommunen durch den Bund (z. B. Kosten der Wohnung für Empfänger von ALG II) könnte helfen die Finanzen der Städte zu sanieren, denn die meisten Kommunen sind pleite. Die Finanzierung der Städte durch die Gewerbesteuer reicht im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr hin.

Wir fordern, dass die Parteien im Rat, die sich Bürgerbeteiligung auf die Fahnen geschrieben haben, die Bürger nun wirklich beteiligen, und zwar im Sinne einer Erhaltung der Lebensqualität für die Einwohner unserer Stadt und nicht als Beteiligung am Streichkonzert.

**Solingen muss zukunftsfähig bleiben!**

*V.i.S.d.P.: Birgit Correns  
und Gerhard R. Walsken*



*Rathaus Solingen:  
Der Investor verdient gut daran.  
Foto: Dietmar Gaida*

**Kontaktadresse:  
Zukunftswelten e.V.  
Mühlenteich 5 42653 Solingen  
Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11**

A  
g  
e  
n  
d  
a  
  
P  
r  
e  
i  
s  
t  
r  
ä  
g  
e  
r  
  
2  
0  
0  
0

**Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto  
Zukunftswelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen**



*Bürgerbüro in Ohligs: Von der Schließung  
bedroht. Foto: Dietmar Gaida*

## JÜRGEN HARDT (MDB) BRAUCHT NEBENVERDIENST

**Der CDU-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Solingen/Wuppertal, Jürgen Hardt, musste jüngst seinen Nebenverdienst bei der Firma Vorwerk angeben, weil er durch eine Gehaltserhöhung in den Bereich der meldepflichtigen Nebenverdienste gelangt.**

Für 10 Stunden Arbeit in der Woche an der Firmenchronik von Vorwerk bekommt er nach Tageblatt-Angaben 3.500 Euro. Das wäre für einen Nicht-Historiker ein Stundenlohn von 87,50 Euro für die Arbeit an einer Firmenchronik, die im Mai dieses Jahres erschien und danach mit „nachfolgenden Arbeiten an der Firmenhistorie“ begründet wurde. Dies kollidiert zeitlich und inhaltlich nicht mit seiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter in Berlin, behauptete Hardt selbst. Angesichts der zahlreichen Funktionen (stv. Bezirksvorsitzender der CDU Bergisch Land, Mitglied im Verteidigungsausschuss, im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, in der Parlamentarischen Versammlung

der NATO, stv. Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Arbeitsgruppe Kommunales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Koordinator für die Transatlantische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt) erscheint das wenig glaubhaft. Aber Herr Hardt möchte nach Abschluss seiner politischen Karriere nicht ohne Absicherung dastehen. Angesichts der Verhältnisse,



nach denen jeder Abgeordnete nach zwei Legislaturperioden im Bundestag um ein Vielfaches besser versorgt wird als ein Facharbeiter nach vierzig und mehr Jahren Arbeit, ein kaum nachzuvollziehender Anspruch. Das Internetportal „abgeordnetenwatch“ glaubt nicht, dass Hardt's Nebenverdienst mit dem Abgeordnetengesetz in Einklang zu bringen ist. Denn danach sei es „unzulässig“, Geld oder geldwerte Zuwendungen entgegenzunehmen, „wenn diese Leistung ohne angemessene Gegenleistung des Mitglieds des Bundestages gewährt wird.“ Ist die Arbeitsleistung von ein paar Stunden in der Woche eine angemessene Gegenleistung für die Zahlung von mindestens 42.000 Euro im Jahr? Für ein solches Gehalt stehen viele qualifizierte Mitarbeiter ihrem Arbeitgeber Vollzeit zur Verfügung, heißt es bei abgeordnetenwatch.

*Frank Knoche*

## STADTRAT VERURTEILT FEIGEN ANSCHLAG AUF SYNAGOGE



*Synagoge in Wuppertal  
Foto: H.M.*

Der Rat der Stadt Solingen verabschiedete am 4.9.2014 mehrheitlich bei einer Gegenstimme von Pro NRW folgende Resolution:

„Der Rat der Stadt Solingen verurteilt mit allem Nachdruck den feigen Brandanschlag auf die Bergische Synagoge in Wuppertal in der Nacht vom 28. auf den 29. Juli 2014 und versichert der Jüdischen Gemeinde seine Solidarität und Unterstützung.

Mitglieder und Versammlungsorte von Glaubensgemeinschaften stehen aus gutem Grund unter dem Schutz des Grundgesetzes. Dies hängt zum einen mit den Lehren aus dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat zusammen, dessen Morden Millionen Menschen jüdischen und anderen Glaubens zum Opfer gefallen sind. Zum anderen haben sich die Garantie und das Ausüben

von Religionsfreiheit und Toleranz als friedensstiftend erwiesen. Sie sind Kernbestandteil unserer freiheitlichen Demokratie.

Der Anschlag auf die Bergische Synagoge ist somit nicht nur einer auf das Eigentum der Jüdischen Gemeinde, sondern ebenso ein Anschlag auf unsere, auch im Bergischen Städtedreieck gelebten, gemeinsamen Werte und Überzeugungen.

Politik und Stadtgesellschaft in Solingen bekennen sich zu diesen Werten und zur Partnerschaft mit sowie zum Respekt vor der Jüdischen Gemeinde. Dies gilt gerade in aus außen- wie innenpolitischen Gründen schwierigen Zeiten. Gerade in solchen kann nur echter und glaubhafter Dialog für Ausgleich und ein friedliches Miteinander sorgen. Für Gewalttaten wie den jüngsten Anschlag hingegen kann es keinerlei Rechtfertigung geben“.

## Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen [solinger-appell@operamail.com](mailto:solinger-appell@operamail.com)

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

## ITTERTAL: STADT SCHAFFT SACHZWÄNGE STATT EINEN ECHTEN BÜRGER-DIALOG

Am 9.12.13 beschloss der Planungsausschuss (ASUKM): „Der ASUKM fordert in Bezug auf die weitere Bebauung des Ittertals, insbesondere durch Gewerbeansiedlungen, die Erstellung eines Gesamtgutachtens unter Nachhaltigkeitsaspekten und ökologischen Gesichtspunkten, welches Politik und breiter Öffentlichkeit frühzeitig vor weiteren Beratungen vorgelegt werden soll.“ Die Verwaltung beauftragte jedoch einen gewichtigen Teil



Die Stadt will aus dem Landschaftsschutzgebiet Buschfeld ein Gewerbegebiet machen.  
Foto: Dietmar Gaida

dieses Gutachtens erst im Oktober (!) 2014. Vorliegen soll es erst „in der ersten Jahreshälfte 2015. Vollkommen unzureichend ist auch der Untersuchungsauftrag für das Gutachten. Der Bereich Arten- und Biotopschutz wird völlig vernachlässigt. So fehlt eine Abfrage und Bewertung der u.a. bei den Naturschutzverbänden und dem BRW vorhandenen Daten zu den planungsrelevanten Tier- und Pflanzenarten. Ebenfalls bisher nicht vorgesehen ist eine Erläuterung der Bedeutung des Ittertals als regional bedeutsames Biotopverbundsystem und Freiraumband zwischen den Großbiotopen Hildener Heide und Tal der Wupper/Burgholz. Auch ein Vergleich der aktuellen Untersuchung zur Bedeutung des Ittertals für das Kleinklima und die Luftgüte der umgebenden Stadtteile mit den Planungshinweisen der Stadtklimaanalyse von 1993 fehlt bisher.

### Verwaltung plant online-Beteiligung ohne Ergebnisse des ökologischen Gesamtgutachtens

Obwohl das Gesamtgutachten „frühzeitig vor weiteren Beratungen“ vorliegen soll, plant die Stadt schon für Januar eine „online-Beteiligung zu Gewerbeflächen“, ohne dass das Gutachten dann vorliegen wird. Die Umweltverbände und die Bürgerinitiative „Rettet das Ittertall“ wurden nicht an den Workshops zu dieser online-Beteiligung beteiligt, wohl aber Vertreter der Wirtschaftsförderung, hier u.a. auch Vertreter der Unternehmer-Lobbyvereinigung IHK.

### Wirtschaftsförderung kümmert sich kaum um Gewerbebrachen

Dass die Wirtschaftsförderung, die als GmbH hierbei starke Eigeninteressen hat, an führender Stelle mit der Gestaltung dieser „online-Beteiligung“ beauftragt wird, ist schon sehr merkwürdig. Sie kümmert sich nur wenig um gewerbliche Grundstücke im Bestand. Stattdessen setzt sie fast ausschließlich auf Neubau auf der grünen Wiese. Dabei gab es in Solingen einen erheblichen Rückgang der Industriebetriebe: Während es 1990 noch 229 gab, waren es 2012 nur noch 134. Das entspricht einem Rückgang um 41,5%. Viele Gewerbegrundstücke werden anschließend umgewandelt in Discounter, Einkaufszentren, Seniorenheime oder Wohnungsbau. Dies geschieht aufgrund von Versäumnissen der Stadt, so z.B. bei der Zulassung zweier Discounter auf dem Ex-ESAB-Gelände oder sogar in voller Absicht: So z.B. bei der Zulassung eines Discounters auf dem Gelände von Opel Noll. Trotzdem stehen nach dem Flächenkataster der Stadt Solingen zurzeit 52,9 ha für die gewerbliche Besiedlung zur Verfügung. Diese ergeben sich ohne Berücksichtigung der vier neu geplanten, umstrittenen und derzeit nicht mit verbindlichen Bebauungsplänen gesicherten, Gebiete im Ittertall (Buschfeld, Fürkeltrath II, Keusenhof und Piepersberg-West).

### Regionalrat beschließt mehrheitlich Entwurf des neuen Regionalplans

Ungeachtet des fehlenden Gutachtens beschloss der Regionalrat Düsseldorf mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltungen der Grünen und gegen die Linken den Entwurf des Regionalplans. Dieser enthält die vier umstrittenen neuen Gewerbegebiete im Ittertall. Der Entwurf kann bei [http://www.brd.nrw.de/planen\\_bauen/regionalplan/rpd\\_e\\_082014.html](http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html) eingesehen und heruntergeladen werden. Bis zum 31.3.15 können alle BürgerInnen Einsprüche dagegen einlegen. Informationen zum Ittertall gibt es bei der Bürgerinitiative „Rettet das Ittertall“ unter <http://www.rettetdasittertall.de/>

### Verwaltung meldet Fürkeltrath II für die EU-Förderung an

Ebenfalls ohne das Gutachten abzuwarten soll der Stadtrat am 11.12.14 das Gebiet Fürkeltrath II im „Regionalen Strukturprogramm für die EU-Förderperiode 2014 – 2020“ anmelden. Auch dies widerspricht dem ASUKM-Beschluss vom 9.12.2013 (s.o.)

### Stadtverwaltung will BHC-Halle auf „Piepersberg West“

Es wirkt sehr widersprüchlich, dass die Stadt die derzeitige Landschaftsfläche „Piepersberg West“ jetzt für eine Bebauung mit der vom BHC geplanten Großhalle vorschlägt. Denn zugleich schlägt sie beim Regionalplan die Fläche für produzierendes Gewerbe vor. Der

Erhalt von Piepersberg West ist jedoch wichtig für das Funktionieren der Frischluftzufuhr für die benachbarten Stadtteile des Ittertals. Mit dem Bau der Halle würde der Regionale Grünzug Ittertall auf eine minimale Breite von 135m zusammenschrumpfen. Damit wäre seine regional bedeutsame Vernetzungsfunktion stark gefährdet.

### Bürgerdialog mit offenen Bürgerversammlungen organisieren!

Sinnvoll wäre es, vor Entscheidungen einen fairen Bürgerdialog zur Gewerbeflächenpolitik und zu den Aufgaben der Wirtschaftsförderung zu führen. Dazu sollte eine Reihe von öffentlichen Bürgerversammlungen organisiert werden, bei denen beide Seiten, also Stadt, Wirtschaftsförderung und IHK sowie Umweltverbände und Bürgerinitiativen gleichberechtigt Vorträge halten und anschließend die BürgerInnen ausreichend Zeit für eigene Stellungnahmen haben.

Dietmar Gaida

### Wirtschaftsförderer Balkenhol schwelgt in Gewaltphantasien gegen Bürgerinitiative

Herr Balkenhol, der als Wirtschaftsförderer von der Stadt Solingen bezahlt wird, ließ am 12.9.14 als Hauptredner der Zöppkesmahlzeit vor Solinger Honoratioren – ausgewiesen in der Druckfassung seiner Rede – seinen Gewaltphantasien gegen Bürger, die seine Politik ablehnen, freien Lauf:

„Mein Traum: Ich habe den Auftrag erhalten den nächsten James Bond Film zu produzieren. (...) James Bond jagt mit einem Land Rover durch die künftigen Gewerbegebiete im Ittertall – faktisch sind da noch keine – dabei mäht er reihenweise Widerständler über den Haufen. Der Pferdeschwanz eines Bösewichtes verfängt sich dabei in den Achsen des Land Rovers – rein fiktiv natürlich – dieser schleppt den Führer der Widerstandsgruppe quer durch das Ittertall. Die Haarpflicht reißt und er wird in die Itter geschleudert. Bond heftet sich den Skalp an den Gürtel und sprengt das zukünftige Gewerbegebiet Buschfeld in die Luft.“

Wie kann es sein, dass ein Mitarbeiter der Stadt Solingen, der derartige Gewaltphantasien gegenüber engagierten BürgerInnen zum Besten gibt, führend an der Ausgestaltung einer Beteiligung zu einem Thema mitwirkt, bei dem er nicht nur in höchstem Maße befangen sondern offensichtlich auch nicht in Lage ist, den Andersdenkenden ein Mindestmaß an Respekt gegenüber zu bringen. Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht!

tacheles Redaktion



# WIDERSTAND GEGEN DIE GEPLANTEN HANDELSABKOMMEN TTIP UND CETA AUCH IM RAT DER STADT SOLINGEN!

## Die freie kommunale Selbstverwaltung und der Schutz der Kommunalen Daseinsvorsorge gehen vor!

Solingen gehört seit dem 4. September mit zu einer ganzen Reihe von Städten, Gemeinden und Landkreisen in Deutschland, die sich gegen die mittlerweile bekannt gewordenen Vertragsinhalte der geplanten Handelsabkommen TTIP und CETA ausgesprochen haben. Das zeigt, dass es auch dem Rat der Stadt Solingen offensichtlich am Herzen liegt, die kommunale Selbstverwaltung und die Daseinsvorsorge zu schützen und zu sichern.

Eine gemeinsam von Attac Solingen und der Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ eingereichte Anregung nach §24 GO NRW an den Rat der Stadt Solingen zu TTIP/CETA wurde zwar zunächst von Oberbürgermeister Norbert Feith abgewiesen mit der Begründung, dass Bürger nur Anträge stellen dürfen die im Entscheidungsbereich der Stadt liegen. Aber damit wurde der Antrag im Unterausschuss Bürgerbeteiligung und Transparenz sowie im Haupt- und Personalausschuss immerhin zur Kenntnis genommen – darüber abgestimmt werden durfte jedoch nicht.

SPD und Grüne griffen das Thema auf und setzten die „Resolution zum Transatlantischen Freihandelsabkommen“ auf die Tagesordnung für die Ratssitzung am 4. September. Die Linke, CDU und FDP schlossen sich dem Antrag kurzfristig an. Damit haben alle Fraktionen des Rates diesen Antrag unterstützt. Der Tagesordnungspunkt 53 „Resolution zum Transatlantischen Freihandelsabkommen“ wurde geschlossen vom gesamten Rat befürwortet!!! Es gab weder Enthaltungen noch Gegenstimmen.

Als Vorlage diente der Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetags vom 12. Februar 2014 in München.

### Beschluss des Deutschen Städtetags:

1. Der Hauptausschuss begrüßt die Festlegungen des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD, bei den derzeit geführten Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), auf die Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards sowie auf den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge Wert zu legen. Der Hauptausschuss begrüßt in diesem Zusammenhang auch das klare Bekenntnis des Koalitionsvertrages zu der Bedeutung der Daseinsvorsorge, der Wichtigkeit des Subsidiaritätsprinzips und somit der Erhaltung der Gestaltungshoheit der Kommunen bei der Daseinsvorsorge.

2. Vor diesem Hintergrund fordert der Haupt-

ausschuss die Bundesregierung auf, sich gegenüber der EU-Kommission mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die kommunale Daseinsvorsorge, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, vom derzeit mit den USA verhandelten Freihandelsabkommen – und allen weiteren Handelsabkommen – explizit ausgeschlossen wird.

3. Der bisherige Prozess der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen

EU-USA ist in höchstem Maße intransparent und

vernachlässigt erheblich die Rechte der gewählten Parlamentarier auf europäischer, nationaler und Länderebene sowie die der Kommunen. Der Hauptausschuss fordert die EU-Kommission auf, das Mandat über die Verhandlungen offen zu legen und über den Verhandlungsprozess regelmäßig zu berichten. Die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit müssen auch in Streitfällen gelten.

Demnach ist die deutsche Bundesregierung aufgefordert, sich in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden gegenüber der EU-Kommission für die Belange der Kommunen einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass diese beim Abschluss eines Handelsabkommens mit den USA – und allen weiteren Handelsabkommen – Berücksichtigung finden. Die Organisationsfreiheit der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge sowie das Recht, die Art und Weise der lokalen Daseinsvorsorge zu gestalten, dürfen nicht angetastet werden.

Mehr dazu: <http://www.staedtetag.de/fachinformationen/wirtschaft/068853/>

### Ein aushebeln unserer Demokratie durch TTIP und CETA darf nicht zugelassen werden!

Die geplanten Handelsabkommen CETA, TTIP und das bisher weniger bekannte Dienstleistungsabkommen TISA sind nicht nur eine Bedrohung für unsere kommunale



Selbstverwaltung und unsere Daseinsvorsorge – außer weiteren Privatisierungen und Senkungen bestehender Standards in sozialen Bereichen, im Verbraucher- und Umweltschutz droht die Aushebelung unserer Demokratie!

Die wäre zu erwarten durch die in den Verträgen festgelegten Vereinbarungen zum vorgeesehenen Investorenschutz (ISDS), der Festlegung auf ein „Living Agreement“, welches jedwedes Nachverhandeln des abgeschlossenen Vertrags ohne parlamentarische Abstimmung erlaubt und die „Ratchet-Klausel“, die jede Rekommunalisierung bereits privatisierter Daseinsvorsorge untersagt.

Selbst wenn das ISDS aus einem Vertrag heraus genommen würde, gäbe es noch genug Schlupflöcher für Investorenklagen durch den anderen Vertrag.

Grundsätzlich sollten ISDS, die „Living Agreement“-Vereinbarung und die Ratchet-Klausel auch aus allen bereits bestehenden Handelsabkommen gestrichen werden.

Das Risiko gewinnorientierter Konzerne darf nicht den Bürgern der Staaten auferlegt werden, in die sie investieren wollen.

Weder CETA, TTIP noch TISA sollten weiterverhandelt oder ratifiziert werden!

Die Einflussnahme von Großkonzernen auf die internationale, die nationale wie auch die kommunale Politik muss gestoppt werden!

Birgit Correns

## STOP TTIP! EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE (EBI)

**Ora più che mai! Acum, mai mult ca niciodata!**

**Jetzt erst recht! Ahora más que nunca. Now more than ever! Maintenant plus que jamais!**

Es ist als wollte man Geld abheben, aber die EC-Karte wird vom Automaten eingezogen. Es ist wie bei einer Fahrradtour, frühmorgens soll es losgehen, aber die Reifen sind zersto- chen. Es ist als stünde man unter der Dusche, ist eingeseift und plötzlich wird das Wasser abgestellt ... es ist einfach Schei..., shit, ra- hat, cholera, cac, merde.

In allen europäischen Sprachen war das zu hören – am 11. September. Mehr als 240 Or- ganisationen hatten sich monatelang darauf vorbereitet, eine Europäische Bürgerinitiative gegen die Freihandelsabkommen zu starten. Unzählige Telefonkonferenzen hatte es gege- ben, Unterschriftslisten waren vorbereitet, Flyer gestaltet, Plakate, Banner – alles fertig. Wir wollten nur noch auf den Knopf drücken, wenn das Okay aus Brüssel da ist.

Genau das hat die EU-Kommission verwei-

gert: Die EBI ist nicht zugelassen. Das war ein Schock, als hätte jemand die Luft rausge- lassen, das Wasser abgestellt, die EC-Karte weggenommen. Ein Schlag in die Magengru- be des europaweiten Netzwerkes. Die Be- gründung der EU-Kommission ist faden- scheinig. Die EBI sei ein Rechtsakt, der auf Dritte keine Auswirkungen habe.

Da gibt es mit der Europäischen Bürgerinitia- tive nur dieses eine Instrument, mit dem die Bürgerinnen und Bürger der EU-Kommission einen Vorschlag, eine Forderung auf den Tisch legen können. Mehr nicht. Und dann wird uns das auch noch aus der Hand genom- men. In ganz Europa wehren sich die Men- schen gegen die Freihandelsabkommen. Aber die EU-Kommission macht dicht: Kein An- schluss unter dieser Nummer. Was soll nur werden aus diesem Europa?

Wer die Bürger abweist, macht sie zu Zaun- gästen, aber nicht zu Gestaltern dieses Europas. Was nun? Genau die Frage musste in dem großen Bündnis beredet werden. Das hat ein paar Tage gedauert, umso klarer ist das Ergebnis:

1. Wir ziehen vor den Europäischen Gerichts-

hof und klagen gegen die Ablehnung der EBI. Wir müssen dieses Instrument retten. Die eu- ropäische Bürgerschaft muss sich Gehör ver- schaffen können. Und

2. Wir starten die Europäische Bürgerinitia- tive! Wir ignorieren einfach die Ablehnung, so wie uns die Kommission ignoriert. Wir star- ten eine selbstorganisierte EBI. Wir werden die festgelegten Regeln akzeptieren und eine Million Unterschriften sammeln. Jetzt erst recht! Die 240 Organisatoren sind fest ent- schlossen.

Das ist unsere Antwort. Die Ablehnung wird uns nicht entmutigen, sondern kann uns nur Anspornen. Unsere EBI wird die Faust auf dem Verhandlungstisch sein.

Die eine Million Unterschriften werden wir nicht nur an die EU-Kommission, sondern nun auch an das Europäische Parlament adressieren. Denn das Parlament muss dem Abkommen später zustimmen – oder genau das eben verweigern.

*Dr. Michael Efler  
Bundesvorstandssprecher  
„Mehr Demokratie“*

## REDE ZUR DEMO AM 27.9.14: STOPPT DIE IS-MÖRDER

**Als sich vor etwa vier Wochen der Solinger Appell und der Türkische Volksverein zu- sammengesetzt haben um über die absolut bedrohliche Lage im nahen und mittleren Osten zu diskutieren, waren wir uns einig, dass wir möglichst schnell eine Demonstration in dieser Stadt durchführen sollten.**

Wegen Zöppkesmarkt, Lichternacht und Vielfaltfest haben wir dennoch erst den heuti- gen Tag gewählt. Trotzdem freuen wir uns heute mit einem breiteren Bündnis gemein- sam gegen diese IS-Mörderbande, welche uns an die menschenverachtende Brutalität der Nazis erinnert, demonstrieren zu können.

Es war nicht einfach, einen gemeinsamen Aufruf zusammen zu bekommen, insbeson- dere was die Frage der Waffenlieferung an die irakischen Kurden betrifft.

Wir haben uns dafür entschieden, angesichts der dort stattfindenden brutalsten Massen- morde, diese Waffenlieferungen nicht explizit zu verurteilen, sondern Fragen an die Glaub- würdigigkeit der handelnden Akteure – USA, Türkei und die mit ihnen verbündeten Golf- staaten-Diktaturen zu stellen und über andere Lösungsmöglichkeiten nachzudenken, die dem Völkerrecht und nicht den hegemonialen Eigeninteressen der US-geführten Koalition dienen.

Denn wer genauer hinsieht, der muss fest- stellen, dass der IS oder ISIS, das Produkt ei- ner Politik ist, die der so genannte freie Wes- ten – nach der Divise: Der Feind meines Fein-

des muss mein Freund sein selbst forciert hat.

Die US-amerikanische Außen- politik war stets darauf bedacht in der geostrategisch sehr be- deutenden Region am Persi- schen Golf keinen einzelnen Staat zu dominant werden zu lassen.

Dies betraf wechselnd mal den Iran und mal den Irak. Nach der Zerstörung der irakischen Staat- lichkeit, auf die jetzt eine Balkanisierung fol- gen soll, sollten nun der Iran und seine Ver- bündeten geschwächt werden.

Syrien, auch ein Verbündeter Russlands, bot dabei die größte Schwachstelle. Für den Kampf gegen die Assad-Diktatur wurde die Syrische Opposition, zu der anfangs auch die ISIS-Leute und andere fundamentalistische Fanatiker gehörten, wie Jabhat al Nusra von Al-Qaida, unter dessen Führung, Seite an Sei- te gemeinsam mit der Freien Syrischen Ar- mee im August dieses Jahres das Grenzgebiet zu Israel an den Golan-Höhen erobert wurde.

Die von einigen als Verschwörungstheorie kritisierte Feststellung in unserem Aufruf, wonach vor allem durch die Unterstützung der USA, der Türkei, Saudi Arabien und Ka- tar, der IS gegen das Assad-Regime richtig stark wurde, trifft also voll und ganz zu.

In dieser Region gibt es nicht zu wenig Waf- fen sondern viel zu viele Waffen.

Waffen, die auch aus Deutschland an Saudi



*Auf der Flucht vor den IS-Terroristen.*

Arabien und Katar geliefert wurden. Und von dort an die angeblich gemäßigte syrische Op- position gelangten, wobei die meisten schließlich in den Händen der militärisch stärksten Kraft, dem IS landeten.

2013 stieg laut Rüstungsbericht der Bundes- regierung der Wert der ausgeführten Waffen im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Milliarden auf 5,8 Milliarden Euro. 52 Prozent der Liefe- rungen gingen an Länder außerhalb der EU und der Nato.

Katar ist übrigens mit 17 % an Volkswagen, mit knapp 6 Prozent an der Deutschen Bank, sowie mit 11 % an Hochtief beteiligt. Es ist also ein gegenseitiges Geschäft, wo die eine Hand die andere wäscht.

Wenn Jürgen Trittin von den Grünen und Wolfgang Gehrcke von den Linken die von der USA geführte neue Koalition der Willigen jetzt als unglaublich bezeichnen, weil diese Golf-Diktaturen mit Duldung der USA in Ländern wie Tunesien, Ägypten, Libyen,



Libanon und Syrien seit Jahren radikale islamistische Gruppen wie die ISIS gesponsert haben, dann stellt sich doch die Frage was am Ende der Intervention steht.

Der IS hat überzogen und sich mit dem Plan eines Kalifates in den Grenzen zu Mohammeds Lebzeiten mit den westlichen Großmächten angelegt.

Die USA scheinen ja inzwischen erkannt zu haben, dass sie auf ein falsches Pferd gesetzt haben. Und wenn diese Mörder-Bande zurückgedrängt und zerschlagen wird, können wir alle nur froh sein

Jetzt aber wird, wie damals in Lybien, von der Einrichtung einer Pufferzone und Flugverbotszone gesprochen. Was geschieht denn, wenn diese Zone von der IS befreit wurde.

Steht die dann unter UN- Aufsicht, damit die vielen Flüchtlinge geschützt werden, oder wird diese Zone, unter dem Schutz der USA und ihrer Verbündeten in der Region der Freien Syrischen Armee übergeben, damit in Syrien der Regimewechsel so herbeigeführt werden kann?

Wozu sollen denn 5000 neue Kämpfer von US-Militärberatern in Saudi Arabien ausgebildet werden?

Im Übrigen liegt es nahe, dass eine solche Schutzzone von in der Türkei stationierten deutschen Patriot-Abwehrraketen überwacht würde. Und somit sind wir mit im Spiel.

Und wenn ich eben davon sprach, dass in den USA mehr und mehr eingesehen wird, dass die Unterstützung der IS, ein Fehler war, so ist die Türkei von dieser Erkenntnis noch weit entfernt. Erdogan träumt immer noch vom großosmanischen Reich und will unbedingt an das irakische Öl heran. Sei es auch um den Preis eines Kurdenstaates, in dem die USA orientierten irakischen Kurden die aufmüpfigen Kurden in der Türkei marginalisieren.

Es gibt ernst zu nehmende Berichte, wonach der Nachschub an Waffen und Kämpfern für den IS über die Grenze läuft, die auf der einen Seite von der Türkei und der anderen Seite vom IS kontrolliert wird. Die logistische Zen-

trale des IS soll sich ebenfalls wie die der Freien Syrischen Armee in der Türkei befinden. Aber vor allem die Finanzierung über den Verkauf des vom IS kontrollierten irakischen Öls, soll über die Türkei abgewickelt werden. Auch gibt es Berichte, dass verwundete IS-Kämpfer in türkischen Kliniken kostenlos behandelt werden.

Bei Recherchen über die Hintergründe des Konfliktes stößt man immer wieder auf ein sogenanntes „Greater Middle East Project - Größere Mittlerer Osten Projekt“, das 1996 von der Rand Corporation für das Pentagon und dem US-Verteidigungsministerium ausgearbeitet wurde und mit Hilfe von Gül und Erdogan umgesetzt werden soll. Das „Projekt“ sieht vor, die genannten Länder aufzuteilen.

In diesem Zusammenhang scheint das sogenannte Atlantic Council, eine Verbindung von Politikern und Militärs, welche ihre Pläne auch auf der Münchener Sicherheitskonferenz vorstellten und im November 2013 in Istanbul tagte, eine äußerst üble, aber einflussreiche Rolle zu spielen. Federführend ist hier der Botschafter der USA in Ankara.

Das sind alles keine nachhaltigen Friedenslösungen für diese Region. Der Bruch des Völkerrechts durch alle Großmächte (ich sage alle, also inklusive Rußland) ist heute keine Ausnahme mehr die weltweite Empörung hervorruft, sondern fast Normalität geworden.

Das ist ein Rückschritt in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Auch wenn Helmut Schmidt seine Befürchtung: „Zum ersten Mal seit dem scheinbaren Ende des Kalten Krieges taucht an Europas Horizont die Möglichkeit eines Krieges auf“, auf den Ukraine Konflikt bezieht, so ist das angesichts der rasant wachsenden Anzahl neuer Kriege auf dieser Welt ohne weiteres übertragbar.

Die Friedensbewegung muss wieder stärker werden, damit sich das Völkerrecht und nicht das Recht der Stärkeren durchsetzt.

Konflikte und Kriege wie die beschriebenen

## Grüne als Speerspitze rhetorischer Mobilmachung

Kommentar von Frank Knoche

Wer heute Grüne vor einer Eskalation des Ukraine/Russland-Konflikt warnt, muss sich so manche Tirade von Seiten der Angesprochenen anhören. Putin sei der Faschist und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim dürfe nicht hingenommen werden, heißt es dann schon mal. Mich entsetzen solche Entgleisungen von verantwortlichen grünen PolitikerInnen zutiefst, weil mir sofort die unverantwortliche Kriegshetze nach dem Attentat von Sarajewo am 28. Juni 1914 auf Thronfolger Franz-Ferdinand in den Sinn kommt, welches schließlich zum I. Weltkrieg führte. „Soll der feige Mord etwa ungesühnt bleiben?“, hieß es damals. Serbien und das mit ihm verbündete Russland wurden als Schurkenstaaten gebrandmarkt und man schaukelte sich mit starken Worten und Drohungen bis zu einem Weltkrieg hoch.

Das ausgerechnet grüne Spitzenpolitiker sich heute an die Spitze dieser rhetorischen Mobilmachung setzen ist unverantwortlich und zeugt von einer ausgeprägten grünen Geschichtslosigkeit, wie sie schon die Ur-Grüne Antje Vollmer konstatierte. Dabei sind gerade diejenigen, welche die Beteiligung Deutschlands an zwei völkerrechtswidrigen Kriegen befürwortet haben und den Einsatz in Afghanistan selbst heute noch verteidigen, die schlechtesten Anwälte des Völkerrechts.

Von ernsthaften Politikern erwarte ich, dass sie in der Lage sind, die Konsequenzen ihrer eigenen Sprüche bis zu Ende zu denken.

können nicht von Großmächten und deren regionalen Vasallen wirklich gelöst werden, die vor allem ihre eigenen geostrategischen und ökonomischen Interessen im Kopf haben.

Deshalb fordern wir in unserem Aufruf auch die Entsendung einer UN-Delegation nach Süd-Kurdistan.

Wir fordern weiter, eine von Waffen und bewaffneten militärischen und paramilitärischen Gruppen freie Schutzzone unter UN-Aufsicht.

Und vor allem fordern wir: Hört auf mit der Faiselei von der immer größer werdenden deutschen Verantwortung in dieser Welt. Nehmt erst mal die Verantwortung ernst, die Flüchtlinge aufzunehmen, an deren Elend die reichen Industrienationen wie auch Deutschland mitschuldig sind.

**Aber das Wichtigste ist jetzt: Stoppt die IS-Mörder!!!**

Frank Knoche



Anti IS Kundgebung in Solingen. Foto: Heinz Mähner

# GAUCK VERTEIDIGT WIEDERHOLT AUFRUF ZU AKTIVERER AUSSENPOLITIK

Ein Leserbrief

Mit der wiederholten Aufforderung zum stärkeren internationalen Engagement Deutschlands setzt Bundespräsident Gauck offensichtlich primär auf die militärische Karte. Zur Erinnerung: Erstmalig formulierte Gauck dieses Anliegen auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang 2014. Ort und Anlass legen die Deutung nahe, dass es dabei zwar sicherlich nicht nur, aber auch um militärisches Engagement Deutschlands ging und geht. Nichtmilitärische Konfliktlösungsmöglichkeiten geraten dadurch mehr oder weniger aus dem Fokus. Vor 45 Jahren klang das noch anders. In der Ansprache nach seiner

Wahl zum Bundespräsidenten am 1. Juli 1969 formulierte Gustav Heinemann: „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe [...], sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben.“ Heinemann beließ es nicht bei Worten, sondern auf seine Initiative hin wurde 1970 die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) gegründet, die leider infolge des Mittelentzugs durch die CDU- bzw. CSU-Landesregierungen unter maßgeblichem Einfluss von Franz Josef Strauß (CSU) Ende 1983 aufgelöst wurde. Von unserem Bundespräsidenten wünsche ich mir eine Wiederbelebung der DGFK und damit einhergehend eine Priorisierung der zivilen Konfliktlösungs-Option seitens der deutschen Politik. Die letzten Jahrzehnte bis heute zeigen nämlich, dass militärische Konfliktlösungen weitestgehend erfolglos geblieben sind. Den möglichen Einwand, dass es Situationen massivster Menschenrechtsverletzungen gab und gibt, die nur durch militärisches Eingreifen beendet werden können, lasse ich solange nur bedingt gelten, wie effektive nichtmilitärische Konfliktlösungsstrategien, durch deren Anwendung – Frühwarnsystem, Mediation u.a.m. – der Ausbruch von gewaltsamen Konflikten wenn nicht immer verhindert, so doch in ihren negativen Auswirkungen begrenzt werden kann, mangels finanzieller Mittel wissenschaftlich nicht oder

nur unzureichend erforscht werden können. (Übrigens ist das Entstehen bzw. Erstarken der Terrormiliz „Islamischer Staat“ nicht zuletzt auch Folge der verfehlten westlichen, insbesondere US-amerikanischen Nah- und Mittelostpolitik, die offensichtlich primär auf militärische „Lösungen“ setzt.) Auch die praktische Friedensarbeit, die z.B. durch den Zivilen Friedensdienst ([www.forumzfd.de](http://www.forumzfd.de); [kontakt@ziviler-friedensdienst.org](mailto:kontakt@ziviler-friedensdienst.org)) geleistet wird, ist unterfinanziert.

Die friedliche (ost-)deutsche Revolution von 1989 ist von Menschen mit Hoffnungen und Visionen initiiert worden, die Politik nicht rein pragmatisch als die Kunst des Möglichen, sondern als die Kunst des Unmöglichen (Jürgen Manemann) verstanden haben, d. h. sie hatten eine von Hoffnung geleitete Vision, die ihnen Mut und Kraft verlieh. Visionen scheinen uns aktuell zu fehlen. Ein weiterer Aspekt ist zu bedenken: Welchen Beitrag leisten deutsche Rüstungsexporte – Deutschland ist weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur! im Hinblick auf die Lösung von Kriegen und Konflikten? Bekannt ist immerhin, dass wohl mehr als 1 Million Menschen nach 1945 durch Kleinwaffen aus Oberndorf (u.a. Heckler & Koch) getötet worden sind. Konfliktlösung mit deutschen Waffen? Empfehlenswert in diesem Zusammenhang die umfangreiche Untersuchung und Dokumentation von Jürgen Grässlin: Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient (München: Wilhelm Heyne Verlag 2013). Weitere Informationen: [www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)

Anregung, Vorschlag und Forderung an die Politik: Absoluter Vorrang für friedliche Konfliktlösungsstrategien durch finanzielle und personelle Aufstockung der Friedens- und Konfliktforschung und der Organisationen, die zivilen Friedensdienst leisten; wenn noch nicht Verzicht so doch Reduzierung der Produktion von Rüstungsgütern und Verbot des Exports von Waffen und militärischer

Ausrüstung in Konfliktregionen.

Zum Schluss Václav Havels ermutigender Impuls an uns alle: „Das Maß der Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat ohne Rücksicht darauf, wie es ausgeht.“

Und diese Hoffnung vor allem ist es, die uns die Kraft gibt zu leben und es immer wieder aufs Neue zu versuchen – sind die Bedingungen äußerlich auch noch so hoffnungslos.“

(Vollständiges Heinemann-Zitat: „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben.“)

Bernhard Erkelenz

## Bürgerfunk in Remscheid und Solingen

### November 2014

2.11. 19 Uhr  
Stimme der Senioren  
4.11. 21 Uhr (ggf. am 23.11.)  
Radio Stammtisch  
9.11. 19 Uhr  
Hangkgeschmedden  
16.11. 19 Uhr  
Ohrwerk  
23.11. 19 Uhr (evtl. neuer Sendeplatz)  
Radio Stammtisch  
29.11. 19 Uhr  
Mixed Tape

### Dezember 2014

2.12. 19 Uhr (ggf. am 28.12.)  
Radio Stammtisch  
7.12. 19 Uhr  
Stimme der Senioren  
14.12. 19 Uhr  
Hangkgeschmedden  
20.12. 20 Uhr  
Blaue Welle  
21.12. 19 Uhr  
Ohrwerk  
27.12. 19 Uhr  
Mixed Tape  
28.12. 19 Uhr (evtl. neuer Sendeplatz)  
Radio Stammtisch





## „SCHUTZRAUM = FREIHEITSEINSCHRÄNKUNG“

Die Bildhauerin Dana van Rijssen schuf mit ihrer Arbeit „Schutzraum = Freiheitseinschränkung“ ein eindrucksvolles Kunstwerk das im Hier und Jetzt entstanden ist. Es thematisiert den existenziellen Notstand der Hebammenkultur. Hierzu ein Auszug aus ihrem dazu verfassten Text:

„... Meine Arbeit soll eine Gesellschaft widerspiegeln, die in einem Dauerzustand mit Wandel schwanger ist. Schwanger mit Fortbestehen.

Eine Gesellschaft, die in der Pflicht ist, einen Schutzraum darzustellen für die Erschaffung neuen Lebens und für das neue Leben selbst. Die Verantwortung übernimmt und voller Vertrauen in die Zukunft schaut.

Was sind wir für eine Gesellschaft, die die Fäden aus der Hand gibt.

Was sind wir für eine Gesellschaft, die die Macht mit Angst nährt.

Was sind wir für eine Gesellschaft, die zulässt, dass uns Urvertrauen ausgeredet wird.

Was sind wir für eine Gesellschaft, die zulässt, dass dieser Verlust zum Angriffspunkt wird.

Was sind wir für eine Gesellschaft, die Fremdbestimmung als Sicherheit empfindet.

Was sind wir für eine Gesellschaft, die sich zum Opfer macht am Beginn und am Ende des Lebens.

Was sind wir für eine Gesellschaft, die als erstes die Wahrheitssprecher zum Schweigen bringt.

Dieses neue Leben wird hineingeboren in einen Schutzraum, der bereits am unmittelbaren Beginn die Freiheit massiv einschränkt. Durch den schwindenden Freiraum, den Geburt braucht.

Diese Arbeit ist für all diese weisen Hebammen, die ein Wissen weitertragen, das so alt ist wie die Menschheit selbst und die durch Schweige- und Hinhaltspolitik die Existenz einer zutiefst sinnvollen Arbeit verlieren. Diese Arbeit ist für alle Frauen, die neues Leben in sich tragen und denen in Zukunft verwehrt ist, über den Geburtsort ihrer Kinder zu entscheiden, für alle Familien die nachhaltig von Geburtserleben geprägt werden.



Das Werk „Schutzraum = Freiheitseinschränkung“ (Foto: D. v. Rijssen)

Und diese Arbeit ist für mich, die zwei Kinder in Begleitung einer Hebamme in ihr Zuhause geboren hat und die nun ihrer Wut und ihrem Unverständnis dieser prekären Situation gegenüber Ausdruck verleihen will.

Seid laut und fordert Euer Recht.“

Da die formulierten Fragen Antworten brauchen, die nicht nur einzelne Gruppen dieser Gesellschaft betreffen sondern uns alle, hier nun ein Versuch von mir, männlich, 53 Jahre, kinderlos.

zur Frage 1: Eine Gesellschaft die Geburt und Sterben immer weniger erlebt und damit die Bindfäden zwischen den Generationen verliert.

zur Frage 2: Eine Gesellschaft Vereinzelter und Verängstigter ist Spielball wirtschaftlicher, religiöser und politischer Interessen.

zur Frage 3: Eine Gesellschaft die aus Verunsicherung über die Geburt erst gar nicht mehr schwanger wird.

zur Frage 4: Eine Gesellschaft deren Verantwortung sich nur noch in Haftpflichtversicherungen Einzelner zeigt.

zur Frage 5: Eine Gesellschaft die sich aus der Pflicht stiehlt, aber das Recht beansprucht Schwangerschaft zu reglementieren.

zur Frage 6: Eine Gesellschaft die dann aus diesen Opfer – Täter Kreisläufen nicht mehr heraus kommt.

zur Frage 7: Eine Gesellschaft die lange genug das Wissen und das Können von Hebammen und den Wunsch von Frauen über ihren Körper selbst zu bestimmen unterdrückt verliert diese Fähigkeiten.

Vielen Dank für diese Fragen. Die Beschäftigung mit diesen Fragen kann zu Erkenntnissen führen, die Lücken in Weltbildern schließen und neue interessante Fragen aufwerfen.

Thomas Wendt

## Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, solinger-appell@operamail.com

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

Mi

## Comedy Punch Club

Unsere beliebte Comedy-Show!  
Wieder jeden Mittwoch!

Start: 20 Uhr Eintritt: frei

SA

jeden 1. Samstag

## Charts Party

feat. ROCKBAR  
in der Cocktailbar

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 €

SA

## Ü 30 Party

jeden 2. und 4. Samstag

und in der Cocktailbar:

Night of Dance Classics  
oder Wilde 13 reloaded

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 €

SA

jeden 3. Samstag

## Zurück in die Zukunft

80er & 90er Party

feat. tanz:bar  
in der Cocktailbar

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 €

FR

07.11.2014

## Reggae Reunion

Incredible

King Size Special  
feat.

General Lew,

Supertuff &

Don Raggamore

Start: 22 Uhr Eintritt: 8 €/10 €

SA

29.11.2014

jeden 5. Samstag

## EXIT PARTY

mit den Original Dj's

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 €

DI

24.12.2014

## HOLY NIGHT Der Klassiker an Heiligabend

Einlass ab 22Uhr - Beginn 24 Uhr

# gruppeninfos

**AG Weiße Rose:** Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

**Amnesty international:**

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Café Courage, Kontakt: Tel.: 415 78

**Attac:** Jeden 1. Freitag im Monat, 19h, Café Courage, Kontakt: solingen@attac.de

**Ausländerrechtliche Beratungskommission:**

Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 415 78)  
oder Diakonisches Werk, Frau Scott Tel.: 287 27

**bleiberecht.com:** www.bleiberecht.com

**BürgerEnergie Solingen, Genossenschaft in Gründung:**

Kontakt und weitere Informationen: www.buergerenergie-solingen.de, info@buergerenergie-solingen.de

**Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“:** www.rettetdasittertal.de, Post@rettetdasittertal.de

**Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“:** Jeden 1. Montag im Monat. 19h, Café Courage  
Kontakt: Birgit Correns, Widdeter Straße 45, Tel.: 80157

**Café Courage:** Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

**Cow Club:** www.cowclub.de, Treff jeden Do. 20h Kantine / COBRA, Tel.: 659 86 89

**DFG Niederberg/Berg, Land:** Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

**FAU Solingen, anarchosyndikalistische Gewerkschaft:** Offenes Treffen jeden dritten Freitag  
im Monat im Café Courage, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

**Flüchtlingsberatung:** Kontakt: Tel.: 0171/82 02 69

**Förderverein Freibad Aufderhöhe:** Kontakt: Birgit Everts, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

**Frauenhaus:** Tel.: 5 45 00

**Frauen helfen Frauen:** Brühler Str. 59, Tel.: 5 54 70

**Informationsbüro Nicaragua:** Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

**Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“:** Kontakt: D. Donner, Tel.: 02103/6 50 30

**Öffentlichkeit gegen Gewalt:** Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

**RBN, Bergischer Naturschutzverein:** www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de,  
Kontakt: Thomas Bloss, Tel.: 2 30 97 77

**Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus:** c/o Café Courage,  
Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 20.11.2014, 20h, dann 14-tägig

**Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“:** Tel.: 0212 23 13 44 33

**Stiftung W:** www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

**tacheles:** tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

**Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V.:**

Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

**Unterstützerkreis Stolpersteine:**

c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 31 81 30

**VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):**

www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

**ZukunftsWelten e.V.:** Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, SG, Tel.: 59 07 96